

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag Abends. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsassstr. 86 - 88 III
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheideititz, Augustastr. 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen, Silvesterglocken. Der Arbeit Neujahrstag, Rundschau. Zwei viel-erörtere Tagungen, II. Das tschland vor 100 Jahren. — **Allgemeines:** Aus unserm Bulletin. Ansichtskartenzensur. Fortschritte in Amerika. — **Der Lithograph:** Die Zukunft des lithographischen Gewerbes. Société Graphique. — **Der Steindruck:** Grundsätzliches zur Lehrlingsausbildung. — **Photogr. Mitarbeiter:** Tarifabschlüsse. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Ellenburg. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Lichtdrucker, Achtung!

Amerika Im ganzen Lichtdruckgewerbe Amerika stehen die Kollegen in einer Bewegung zur Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes und für die Anerkennung des Verbandes. Am 15. Dezember begann der Kampf. Die Unternehmer suchen Arbeitskräfte in Europa anzuwerben. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Amerikanischer Lichtdruckerverband.

Silvesterglocken.

»Die Toten beklage ich — Die Lebenden rufe ich!«

In eisiger Winternacht hallen zwölf dumpfe Schläge, dann ein schwellendes Klingeln, ein mächtiger Reigen feierlicher Töne: Silvesterglocken! Dröhnend und zitternd, klagend und jubelnd schwingen die Stimmen in den Lüften. Unsagbares Leid sollen sie begraben, hoffenden Zukunftspflanzen neu erwecken.

Wie Stimmen aus der Unendlichkeit dringen die Töne an mein Ohr: Alles ist wieder vergänglich, aber ständig erneuert sich das Leben! Und sehned schlägt das Herz dem neuen Leben entgegen.

Aber wie mit eisernen Banden klammert sich die Vergangenheit an uns und läßt uns nicht frei ausschreiten in das lichtvolle Land, das wir im Geiste schauen.

Wohl klingen die Glocken und rufen zu neuem Leben, aber in finsterner Zelle sitzt der Gefangene des Gewesenen und rüttelt vergebens an der Pforte der Freiheit.

Es umringen ihn all die Dämonen seiner Vergangenheit: Armut und Elend, falsche Erziehung, vererbte Vorurteile und Krankheiten, Egoismus und Laster und verzweifelt sinkt der Mensch zusammen.

Toter Silvester! —

Und toten Silvester feiern auch alle die, die in der allgemeinen Not nur die eigene Rettung suchen. Von jedem neuen Jahr erwarten sie, daß es ihren alten eng persönlichen Wünschen gerecht werde. Sie wollen ein anderes Jahr, ohne sich selbst zu ändern.

Und doch wird nur der einen fröhlichen lebendigen Silvester feiern, der immer bereit ist, sein heutiges Ich gegen ein besseres Selbst von morgen einzutauschen.

Was wäre der Einzelne ohne den innigen Zusammenhang mit dem großen Weltprozeß des Kulturwerdens? — Ein verwehtes Blatt, ein entwurzelter Baum! Und besäße er alle Reichthümer der Erde und badete er sich in den Genüssen aller Zellen und Zonen, er wäre ein Toter, wäre sein Herz nicht ein Durchgangspunkt der großen gemeinsamen Kulturwelle.

Der Arbeit Neujahrstag.

Der Zeitbaum hat sich jung belaubt: Ein neues Jahr erhebt sein Haupt!

Ihr, die ihr kämpft um Brot und Licht, Erhebt nun auch das Angesicht!

Führt auch der Weg ins neue Jahr Durch Qual, durch Nöte, durch Gefahr,

Und schlägt der Kampf auch Wunden viel, Heil blinkt entgegen uns das Ziel:

Ihm folgen wir durch Nacht und Krieg Empor zum Licht, hinauf zum Sieg!

Der Arbeit nur, die sie erhält, Gehört der Segen auch der Welt!

Wir sind die Arbeit! Unsere Hand Streut Lebensglück in's Erdenland!

Von diesem Glück reich' du uns dar Auch unser Anteil, neues Jahr!

l. l.

»Die Toten beklage ich!« tönt die Silvesterglocke.

Tausende erschauern unter ihrem Klange. Ein elendes, unfruchtbares Leben trotz äußeren Glanzes läßt ihnen das Leben überhaupt wertlos erscheinen und im schmerzlichen Taumel des Genusses wird Silvester durchtöbl.

Aber aus den Tiefen dringen durch das Gewirr der Töne jubelnde Klänge hinauf zur Lebensbejahung und Lebensfreude.

In den Tiefen wird das Leben neugeboren. Schon kehrt die neue Welt im Schoße der alten. Millionen Herzen schlagen ihr entgegen und Millionen Kräfte stellen sich in ihren Dienst.

»Die Lebenden rufe ich!« tönt die Silvesterglocke mit begeistertem Schwung. Und alles, was gesund und lebensstark ist, strömt zusammen in dem einen allgewaltigen Streben, dem Leben neue, höhere Form zu schaffen.

Da stinkt, was morsch und faul, in Staub und Asche.

Jahrtausende alte Throne erzittern und stürzen jählings zusammen. Alter Gottheiten heilige Tempel wanken auf ihrem Grunde. Wider den erbgesessenen stolzen Herr erhebt sich als freier Mann der Knecht. Alter Gesetzestafeln verhärteten Widerstand zersprengt des jungen Lebens neu organisierende Kraft. Lang geführte Autoritäten stürzen. Durch die Zeit geheiligte Privilegien und Vorurteile versinken vor dem Ansturm der treibenden Kräfte.

Aber inmitten der Trümmer erhebt strahlender und schöner denn je zuvor der Phoenix der Menschheit, umjubelt von den befreiten Gefangenen, den entfesselten Geknechteten, den neu hoffenden Verzweifelten.

So tönen die Silvesterglocken Untergang und Neugestaltung in wechselvollem Rhythmus.

Aber bei diesem ununterbrochenen Spiel von Tod und Leben steigt langsam die Menschheit aufwärts, ihrer Selbstvollendung entgegen.

Schon reichen sich über den Verfall des alten Bundes der Gewalt die Jünger des neuen Bundes der Gerechtigkeit und Freiheit die Hände. In den Kanonendonner und Schlachtlärm der Völker tönt brausend ihr Glaubensbekenntnis von der Solidarität aller Menschen.

Die geeinte Menschheit aber wird in entfesselter Schöpferkraft die Erde zum Paradies gestalten, vom Fluche des Bruderhasses befreit.

Die Silvesterglocke mahnt: Die Lebenden rufe ich zu diesem neuen Bunde!

Hinweg mit allem Unentschiedenen, Schwachen und Persönlichen! Die Toten entscheiden sich für die alte Welt, die Lebenden für die neue!

Da erhebt sich ein Heer von Streitern, im Auge der Bageisterung Blitzen, im Herzen unbezwinglichen Mut. Millionen entwinden sich den Fesseln der Sklaverei, und alle ihre Kräfte verschmelzen zu einer einzigen gewaltigen Schöpfermacht, die der Menschheit neuen Bund begründet.

Und plötzlich eint sich das streitende Getöse der Glocken zu einem hellen lautenden Hymnus auf Menschheitsbefreiung und -erlösung.

So fern Silvester die Lebenden: Jedes neue Jahr eine neue Stufe empor zu Freiheit und Licht.

Wer bangen Herzens am alten Leben verzweifelt, werde ein Kämpfer des neuen. Das sei die Wandlung, die das neue Jahr dem Einzelnen bringe. Dann wird ihm wieder fest die Erde unter den Füßen stehen und das Leben neuen höheren Glanz gewinnen.

Wer starken Herzens die Gespenster seiner Vergangenheit hinter sich wirft und sich ganz von der Kraft des neuen Lebens durchdringen läßt, dem wird das Klingeln der Silvesterglocken zu zukunftsfreudigem Gesang.

Allen anderen aber mögen sie die Worte Goethes tönen:

Wenn du aber das nicht hast:
Dieses Stüb und Werde,
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunklen Erde!

M. Menzer.

Rundschau.

An die Beitragsrestanten! Auf eine Ehrenpflicht, die jeder organisierte Arbeiter und jede organisierte Arbeiterin zu erfüllen hat, sei bei dieser Gelegenheit aufmerksam gemacht. Diese besteht darin, mit Ablauf des alten Jahres auch alle Verpflichtungen gegenüber der Partei und der Gewerkschaft erfüllt zu haben. Verjähren zwar diese Forderungen nicht, so gehört es doch zur Ordnung, den Funktionären ihre schwierige und wenig Anerkennung bringende Aufgabe nicht noch schwieriger zu machen. Dieser Satz, der einem in verschiedenen Tageszeitungen erschienenen Artikel über »Die Verjähren« angefügt war, empfehlen wir allen Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dringend zur Beherzigung. Das ganze Jahr hat der Kassierer, hat der Vorsitzende, haben die Revisoren einer Mitgliedschaft mit den Beitragsrückständen noch extra ihre Arbeit. Bei jedem neuen Quartalsabschluss verursachen die Restanten besonders dem Kassierer viele Arbeit, ebenso den Revisoren; und dem Vorsitzenden, der die Mahnungen zu vollziehen hat, wird manchmal noch für die Erfüllung seiner Pflicht mit Grobheiten gedankt, obwohl die Mahnung im Interesse der säumigen Zähler liegt und schon manchen vor dem Verluste alter und langjähriger Rechte bewahrt, darum noch einmal: Zahl! pünktlich eure Beiträge, damit ihr jederzeit eure Rechte genießen könnt!

Zum Jubiläum der Leipziger Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe. Bekanntlich feiert die Königliche Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig im Jahre 1914 ihr 150jähriges Jubiläum, was den An-

laß zur Veranstaltung der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik gegeben hat. Das Direktorium der Akademie bittet alle früheren Schüler, auch solche, die nur als Gast an dem Unterricht teilgenommen haben, ihre jetzige Adresse möglichst umgehend mitzutellen, damit sie rechtzeitig die Mitteilungen über das Jubiläumfest, Einladungen etc. erhalten können. Briefe sind an die Akademiedirektion, Leipzig, Wächterstraße 11 zu richten.

»Die Bugra« nennt sich die Korrespondenz der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914, die das Literarische Büro der Ausstellung von jetzt ab erscheinen läßt. »Die Bugra« hebt sich hinsichtlich der Ausstattung und des Inhalts wohltuend ab von den sonstigen Publikationen dieser Art. Sie wird alle 14 Tage erscheinen und über alle Gebiete des Buchgewerbes und der Graphik und über verwandte Zweige, ebenso über allgemeine Stoffe aus Kunst, Kultur und Literatur interessante Aufsätze bringen, wozu hervorragende Fachleute ihre Mitwirkung zugesagt haben. Auch Illustrationen sind der kleinen, vornehm und gefällig ausgestatteten Zeitschrift beigegeben. Die erste Nummer, die uns vorliegt, bringt als Leitartikel einen Aufsatz von Hofrat Alexander Koch, Darmstadt, »Kunst-Zeitschriften«, ferner ein Feuilleton über die Sonderausstellung »Der Student« (mit Illustration) und zwei kleinere Notizen: »Die kulturgeschichtliche Abteilung« (Illustration) und »Die Kongresse auf der Buchgewerbeausstellung«.

Über die Verfolgung der »unzüchtigen« Künstlerkarten schreibt das »Berl. Tageblatt« zu treffend: Die Staatsanwaltschaft geht immer eifriger ans Werk, die gefährdete Sittlichkeit zu retten. Jetzt sind einige Bildwerke betroffen worden, die gerade durch die Keuschheit ihres Empfindens besonders geeignet sein könnten, dem Staatsanwalt zu bewelsen, daß er auf falschem Wege ist. Das eine ist das Werk einer Frau, der bekannten Berliner Bildhauerin Marta Bauer, die Wiedergabe eines Marmorwerkes der Künstlerin, das sich im Besitze des Herzogs Ernst Günther, des Bruders der Kaiserin, im Schlosse Primenau befindet, ein tanzendes Mädchen von höchster Einfachheit der Gestaltung, die auch in der Wiedergabe nicht minder rein wirkt als in der Skulptur selbst. Ferner hat man die Reproduktion nach zwei Bildwerken von Prof. Arth. Lewin Funke konfisziert, eine Brunnenfigur und »Die Zagende«. Auch hier hat der Staatsanwalt die Werke selbst nicht für unsittlich erklärt, sondern nur deren Reproduktion im Postkartenformat. Die Sittlichkeit ist also vom Format abhängig. Dieser kunstschädigenden Konfiszierungswut ein Ende zu machen, wird immer dringender, und das Votum der Berliner Akademie der Künste wird das hoffentlich an geeigneter Stelle beschleunigen.

Geschäftsergebnisse. Die Firma *Wunderlich & Co., Kunststoff Akt.-Ges. in Altwasser* schüttet wieder 14 Prozent Dividende über ihre Aktionäre aus! — Die Firma *Carl Flemming Verlag, Buch- und Kunstverleger, A.-G. in Glogau und Berlin* erzielte in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre einen Gewinn von 396.861 Mk. Nach Abzug von 32.890 Mk. für Abschreibungen, 273.890 Mk. für Betriebs- und Generalunkosten, 1032 Mk. für Aglo, 44.794 Mk. für Zinsen und 5243 Mk. für das Grundstückskonto verringert sich der vorjährige Verlust von 303.409 Mk. auf 264.402 Mk. Das Aktienkapital beträgt 1.000.000 Mk. — Bei der *Antialter Tapetenfabrik Ernst Schütz Akt.-Ges. in Dessau* erhöhte sich nach Vornahme von 103.756 Mk. Abschreibungen gegen 49.000 Mk. im vorigen Jahre der vorjährige Verlust von 102.231 Mark trotz der erfolgten Zuzahlung auf 197.814 Mark.

Türkische Erinnerungsbriefmarken. Von den türkischen Postämtern in Konstantinopel sind vor kurzem die neuen Briefmarken, die an die Wiedereinnahme von Adrianopel erinnern sollen, zum ersten Male ausgegeben worden. Sie sind wohl die schönsten, die die türkische Postverwaltung bisher in den Verkehr gebracht hat. Die Marken zeigen in gut gelungener Ausführung das Bild der Selimie moschee mit ihren vier Minarets. Da die Marken nur eine vorübergehende Gültigkeit von einem Monat haben und nicht nur, wie ursprünglich beabsichtigt war, für den Inlandverkehr, sondern auch für den Auslandsverkehr Geltung haben, so hat die osmanische Postverwaltung zurzeit eine recht bedeutende Zunahme ihres Brief- und Postkartenverkehrs zu verzeichnen. Die Briefmarken sind in den für den Weltpostverkehr üblichen Farben zu 40 Para = blau, 20 Para = rot und 10 Para = grün gehalten.

Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland. Die Zahl der gegenwärtig in Deutschland erscheinenden Zeitungen, Zeitschriften und Fachzeitschriften beträgt 9304; davon entfallen 3894 auf die Zeitungen und 5410 auf die Zeit- und Fachzeitschriften. Die Gesamtauflage der Zeitungen beträgt rund 18 Millionen, der Zeit- und Fachzeitschriften 34 Millionen Exemplare.

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm für das Winterquartal ist soeben erschienen. In seinen 125 Vortragsreihen enthält es wiederum eine Fülle allgemein verständlicher, alle Gebiete in Kunst und Wissenschaft umfassende Vorträge. Neben allgemein anregenden und belebenden Vortragsreihen haben auch besonders solche Aufnahme gefunden, die auch von praktischem Nutzen sind. Wie bisher, finden die Kurse, im allen Kreisen der Bürgerschaft Groß-Berlins die Teilnahme zu ermöglichen, zurzeit

in den Abendstunden von 7—10 Uhr statt und sind jedermann zugänglich. Alles Nähere ist aus dem Programm zu ersehen, das *kostenlos* ausgegeben wird. — Die Vorlesungen beginnen am 12. Januar und folgende Tage.

Zum Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen. Der Staatssekretär Dr. Deibrück gewährte kürzlich drei Geheimen Medizinalräten als Vertretern der medizinischen Fakultät der deutschen Universitäten eine Audienz bezüglich des zwischen den Ärzten und den Krankenkassen bestehenden Kriegszustandes, worüber offiziös gemeldet wird: Mit den Vertretern der Fakultäten wurde das Für und Wider der Standpunkte der Krankenkassen und der Ärzte durchgesprochen und seitens des Staatssekretärs des Innern die Bereitwilligkeit erklärt, Ausgleichsverhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen herbeizuführen, sofern beide Teile damit einverstanden seien. Es wurde den Vertretern der Fakultäten eine Skizze vorgelegt, die nach Ansicht der Regierung als Grundlage für solche Verhandlungen dienen könnte. Falls die Beteiligten bereit sind, in diese Verhandlungen einzutreten, müßte überall, wo es zu Vertragsabschlüssen zwischen Ärzten und Kassen noch nicht gekommen ist, zunächst mit Geltung vom 1. Januar 1914 ab, ein dreimonatiges Interimstadium auf der Basis der zwischen den Kassen und den Ärzten gegenwärtig geltenden Vereinbarungen geschaffen werden, damit Zeit zur Verständigung gewonnen wird. Die Vertreter der medizinischen Fakultäten übernehmen es, in diesem Sinne mit den ärztlichen Organisationen in Verbindung zu treten.

Voranleuchtende Muster! »Sind diejenigen, die sich weigern, in die Organisation einzutreten, die hell voranleuchtenden Muster, oder sind es die anderen, die oft unter persönlichen Opfern und materiellen Nachteilen der Sache des Ganzen dienen?« Diese Frage wirft Herr Kommerzienrat Hermann Bamberg, einer derer vom Hansabund, im »Berliner Tageblatt« (Nr. 640) auf. Und er beantwortet sie auch. Um es gleich zu sagen: Die Antwort ist gut. Bambergs Argumente darf sich der Hansabund merken. Er erklärt unumwunden, daß den Organisationen unbedingt das Recht zustehen müsse, die allgemeinen Interessen gegen die Sonderinteressen von Eigenbrödlern zu vertreten, die sich nicht anschließen, weil sie sich zu stolz und vornehm glauben oder zu starrsinnig sind oder nicht über ihre engsten persönlichen Interessen hinaus zu sehen vermögen oder aber im Trüben fischen wollen. »Die Leser werden denken, wir erlauben uns einen schlechten Scherz, so etwas könne ein Hansabundmann und noch dazu ein Kommerzienrat nicht schreiben. Aber es stimmt doch, wir haben wörtlich zitiert. Allerdings — einen Haken hat die Sache: Bamberg tritt mit den herausgestellten Gründen nicht für Arbeiterorganisationen ein, er wendet sich nicht gegen die Zunft der Hintzergardisten, o nein, er verteidigt mit seinen Darlegungen vielmehr nur die Zwangsorganisationen in der Textilbranche. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Jedenfalls nehmen die Arbeiter die Auslassung eines wirklichen Kommerzienrats auch für sich und ihre Organisationen in Anspruch und sie werden sie den Standesgenossen des Herrn Bamberg gehörig unter die Nase reißen wenn das Scharfmachertum neue Vorstöße gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und seine Ausübung und Anwendung zu unternehmen wagt und zwar zum »Schutze« der Elemente, die »nicht über ihre engsten persönlichen Interessen hinauszusehen vermögen oder aber im Trüben fischen wollen«.

Aus dem Auslande.

Osterreich. Die Hauptstelle der Arbeitgebervereinigung verspricht an die bürgerliche Presse einen Artikel, worin bemerkt wird, daß die österreichische Buchdruckerorganisation den Tarifvertrag gebrochen habe und woraus allerlei Schlüsse in tarifvertrags- und gewerkschaftsfeindlichem Sinne abgeleitet werden. Diese Scharfmacherei behauptung schlägt aber der Wahrheit ins Gesicht, denn die Tarifverträge im österreichischen Buchdruckgewerbe gehen erst am 31. Dezember dieses Jahres zu Ende. Trotzdem haben die Unternehmer jetzt schon den Kampf eröffnet und eine partielle Aussperrung beschlossen, in der Hoffnung, die Buchdruckerorganisation zertrümmern zu können. Wenn also von einem »Vertragsbruch« gesprochen werden kann, dann nur auf Seiten der Unternehmer. Und wenn die Scharfmacher wollen, daß man an die Vertragstreue der Unternehmer nicht mehr glaubt, dann kann den Gewerkschaften ja eine solche Schlußfolgerung recht sein.

Generalversammlungen und Kongresse.

England. Ein außerordentlicher englischer Gewerkschaftskongreß wurde am 9. Dezember in London abgehalten. Er war veranlaßt durch den Streik in Dublin, und es handelte sich um die Beschlußfassung über Maßnahmen zur Unterstützung der kämpfenden irischen Arbeiter. Von den englischen Gewerkschaften waren mehrere ihrer hervorragendsten Vertreter nach Dublin geschickt worden, um dort vermittelnd einzugreifen; die langwierigen Verhandlungen die mit den Dubliner Unternehmern geführt wurden, hatten aber ergebnislos abgebrochen werden müssen. Die Unternehmer hatten wohl zugestanden, auf das Verlangen, daß die Arbeiter aus dem Transportarbeiter-Verband austreten, zu verzichten, aber sie weigerten sich, die Wiedereinstellung aller Streikenden und Aussperrten zu

versprechen. Auf dem Kongreß ging es teilweise recht stürmisch zu. Der Führer der irischen Transportarbeiter Larkins trat für den Generalstreik zur Unterstützung der Dubliner Arbeiter ein, ein Vorschlag, der von den erfahrenen Gewerkschaftsführern sehr entschieden bekämpft wurde. Die von Larkins propagierte Taktik ist bei dem impulsiven Naturell dieses Mannes und bei seinen geringen Erfahrungen in der gewerkschaftlichen Praxis begreiflich, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß sie von den berufenen Vertretern der Gewerkschaften abgelehnt werden mußte. Larkins ist plötzlich aus dem Dunkel aufgetaucht und hat es schnell bei seinen Landsleuten zu einer ungeheuren Popularität gebracht. Allem Anschein nach verfügt er über eine hinreißende Beredsamkeit, die den Ton zu treffen weiß, den der irische Arbeiter liebt. Bei den irischen Arbeitern ist der Organisationsgedanke ziemlich neu. Bisher waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Irland bedeutend ungünstiger als in den übrigen Teilen Großbritanniens. Jetzt sind die Arbeiter aber plötzlich erwacht, sie haben erkannt, welchen Einfluß sie durch die Organisation gewinnen können. In solch einem Stadium ist man nur zu leicht geneigt, die Macht der Organisation der Unternehmer bei, die durch ihre Versuche, die Organisation der Arbeiter im Keime zu unterdrücken, zu erkennen geben, wie un bequem ihnen eine organisierte Arbeiterschaft ist. Nach all dem, was man bisher von Larkins gehört hat, lebt er in den Gedankengängen seiner wirtschaftlich und geistig rückständigen Landsleute. Was bisher an ihnen gesündigt wurde, möchte er mit einem Schläge gutmachen. Die kühler abwägenden englischen Gewerkschaftler sind jedoch von den draufgängerischen Methoden Larkins nicht sehr erbaut. Sie sehen voraus, daß die von diesem vorgeschlagenen Methoden die schwerwiegendsten Folgen zeitigen werden, wobei der Erfolg noch sehr zweifelhaft ist. Auf der anderen Seite ist aber auch kein Weg erwiesen, daß die Begeisterung der irischen Arbeiter nachhaltig ist oder ob sie sich als Strohhalm erweist. In Verfolg des großen Kampfes in Dublin ist es übrigens inzwischen bereits zu vereinzelt Sympathiestreiks gekommen, an welchen Eisenbahner und Bergarbeiter beteiligt waren. Ein Lokomotivführer war entlassen worden, weil er sich weigerte, Streikarbeit, die aus Dublin stammte, zu befördern. Die Folge war, daß 400 Lokomotivführer der betreffenden Eisenbahngesellschaft die Arbeit einstellten. Neben der allgemeinen Verkehrsstörung, die das verursachte, wurden insbesondere die Bergarbeiter in Wales in Mitleidenschaft gezogen, die zum Teil infolge des eingetretenen Wagenmangels, teils aber auch aus Sympathie, mit den streikenden Eisenbahnern die Arbeit einstellten. Den Bemühungen der in Betracht kommenden Gewerkschaftsleitungen gelang es, die Arbeiter zur Aufgabe dieser Streiks zu bewegen. Inzwischen haben am 5. und 6. Dezember die ergebnislosen Beratungen der Gewerkschaftsvertreter mit den Dubliner Unternehmern stattgefunden, und am 9. Dezember trat der Gewerkschaftskongreß zusammen, auf welchem hierüber berichtet wurde. Über den von den Gasarbeitern gestellten Antrag, Dublin durch einen umfassenden Sympathiestreik zu isolieren, der insbesondere von Larkins befohlen wurde, entspann sich eine sehr scharfe Debatte. Schließlich wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Vorher war bereits einstimmig beschlossen worden, den Dubliner Aussperrten und Streikenden auch weiterhin die Unterstützung der britischen Arbeiterschaft zuteil werden zu lassen. Ein weiterer Beschluß beauftragt die Gewerkschaftsvertreter, die Verhandlungen in Dublin aufs neue aufzunehmen, um einen annehmbaren und dauernden Frieden herbeizuführen.

Ungarn. Die ungarischen Gewerkschaften hatten am 14. Dezember einen außerordentlichen Kongreß nach Budapest abgehalten, um zu der herrschenden Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Zum ersten Male hatte die ungarische Regierung zu einem Gewerkschaftskongreß einen Vertreter entsandt, ebenso die Hauptstadt des Landes. Der Handelsminister hat sofort verschiedene öffentliche Arbeiten angeordnet, Straßenbauten und Aufführung von Staatsgebäuden in Höhe von etwa 36 Mill. Kronen. Neben den für öffentliche Arbeiten ständig im Etat eingestellten 290 Millionen Kronen sollen im Jahre 1914 auch noch für neue Eisenbahnlilien 33 Millionen verwendet werden, alles in allem wird die Regierung 351 Millionen Kronen für öffentliche Arbeiten ausgeben. Der Vertreter des Magistrats von Budapest erklärte, daß die Hauptstadt bereits 100.000 Kronen für die Arbeitslosen ausgesetzt habe. Notstandsarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. Der Referent erwartete ein durch Zahlen belegtes erschreckendes Bild der Arbeitslosigkeit. Die Mitgliederzahl der Landeskrankenkasse fiel seit August 1912 von 1823.000 auf 65.000. Die Gewerkschaften schätzen die Zahl der gegenwärtig Arbeitslosen im Lande auf 120.000. Die Arbeitslosigkeit herrschte bereits seit Beginn des Jahres 1913; aber auch unter den in Arbeit stehenden herrschte großes Elend. Viele der großen Fabriken arbeiteten jetzt die Woche nur noch 25 Stunden. Und die Regierung habe in dieser schweren Zeit nichts anderes zu tun, als ein Vagabundengesetz zu schaffen, nach dessen Bestimmungen jedem Stuhlrunder und Polizeibüttel das Recht gegeben wäre, die ohne Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeiter abzu-

schieben oder auf längere Zeit einzusperrten. Der Kongreß nahm einstimmig eine Resolution an, in der u. a. gesagt wurde, daß die gegenwärtige lang anhaltende Arbeitslosigkeit hauptsächlich die Folge der umfärzlerischen Tendenz der inneren Politik der Regierung und der gewalttätigen äußeren Politik der österreich-ungarischen Monarchie sei. Die Regierung habe die für öffentliche Arbeiten bestimmten Gelder für die die Lasten des Volkes erhöhenden Heereszwecke verausgabt. Die wirtschaftliche Krise werde noch erhöht durch ständige Erhöhung der direkten Steuern und unausgesetzte Verteuerung der Lebensmittel. Die Verheerungen der Krise könnten durch eine vorwiegend wirtschaftliche Politik und zielbewußte Sozialpolitik gemildert werden. Der Kongreß fordert daher, daß die Regierung ohne Aufschub alle zurückgebliebenen öffentlichen Arbeiten in Angriff nehmen läßt, daß sie unter Beachtung der Grundprinzipien des Genet Systems die Behörden und Gemeinden auffordert, Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen und daß sie die gesetzliche Regelung der auf der Autonomie der Arbeiter fußenden obligatorischen Arbeitslosenversicherung vorbereite. Die Gewerkschaftskommission wird beauftragt, einen auf das Genet System basierenden Entwurf auszuarbeiten und ihn sämtlichen Behörden und Gemeindevorsetzungen vorzulegen. In Anbetracht der großen Zahl der Arbeitslosen betrachtet der Kongreß die von der Regierung und der Hauptstadt bewilligten 150000 Kronen als ein Almosen, das zur Unterstützung der Hungernden nicht ausreicht.

Zwei vielerörterte Tagungen.

2. Der christlich-nationale Arbeiterkongreß.

Die christlich-nationalen Herrschaften, die sich am 30. November im Berliner Lehrervereinshaus zu einer dritten Tagung zusammenfanden, erfreuen sich doch einer hohen Gönnerschaft. Ihren zahlreichen Repräsentationseinladungen waren verschiedene Abgeordnete, ein Vertreter des Reichskanzlers, des preußischen Handelsministers, der Gesellschaft für soziale Reform u. a. folgten. Daß der Kaiser Billets für das Schauspiel- und Opernhaus zur Verfügung stellte, wird sicher von den Herrschaften als eine innige Anteilnahme des Kaisers an ihrer Bewegung gedeutet. Ein Ergebenheitstelegramm war denn auch der Dank für die kaiserliche Güte.

Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Behrens, sprach in seiner Begrüßungsrede aus, daß die Sicherung des Koalitionsrechts für die Arbeiter und Angestellten bis zur Stunde noch nicht völlig erreicht sei. Diese Forderung müsse erneut erhoben werden. Der Mißbrauch des Koalitionsrechts durch die Sozialdemokratie dürfe nicht der Vorwand sein, um die Lebensbedingungen einer aufrechten Standesbewegung der christlich und wahrhaft national gesinnten Arbeiter und Angestellten zu unterbinden. Die Teuerungsverhältnisse, die sich zu wahren Notständen für die Massen auswachsen, stellen die Frage einer ausreichenden Lebensmittelversorgung in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Redner verlangt dann vom neugeschaffenen Kartell der Großindustrie, der Landwirtschaft und des Mittelstandes, daß auch der Arbeiter- und Angestelltenstand dort vertreten sein müßte; er schüttelte die Gelben von den Christlich-Nationalen ab, wandte sich gegen ein neues Arbeitswilligenschutzgesetz und schloß mit einem Kaiserhoch. Nachdem begrüßte Oberregierungsrat Siefert im Namen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Dr. Delbrück den Kongreß und wünschte seinen Verhandlungen guten Erfolg. Nach den Ansprachen verschiedener Vertreter der parlamentarischen Fraktionen der Rechten gab dann der unvermeidliche Graf von Posadowsky seine Erfahrungen über die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Besten, bei der, wie er versicherte, viel Objektivität, noch mehr aber Geduld geübt werden müßte. Ein Herr Streiter von den Berliner christlich-nationalen Arbeitern vermißt es schmerzlich, daß der Berliner Oberbürgermeister und der Magistrat der Einladung dieser würdigen Tagung nicht gefolgt seien. — Danach erstattete Behrens den Bericht des Ausschusses.

Am 2. Verhandlungstage referierte Redakteur Joes, M.-Gladbach über nationale Entwicklung und soziale Bewegung. Nach ihm sprach Abg. Giesberts über die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner. Er befuhrwortete eine lange Resolution, die forderte: 1. die weitestgehende Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente von ihren Entscheidungen durch die scharfmacherischen Bestrebungen in Bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter bei der Regierung und den Parlamenten entschiedene Zurückweisung finden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter, namentlich des Koalitions- und Vereinsrechts und die Abbröckelung der sozialen Gesetzgebung den heftigsten Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorrufen müsse und nur geeignet sind, die Klassegegensätze zu verschärfen. Der Kongreß empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Abwehr gegen die anti-sozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und

nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. An dieses Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil stürmische Debatte. Besonders löste die Rede des Delegierten der katholischen Arbeiterverbände Berlins Oskar Richter großen Widerspruch aus. Dieser trat für die Wahrung des Koalitionsrechts ein, meinte aber im weiteren Verlaufe, daß die Streikfreiheit für die Arbeiter ein großer Nachteil sei! Wenn die Arbeiter etwas erreichen wollen, dann müssen sie sich in katholische Fachvereine nach dem Grundsatz der letzten päpstlichen Enzyklika organisieren. Am Schluß der Diskussion, in der u. a. auch der Zentrumsabgeordnete Schiffer schärf gegen das »Kartell der schaffenden Stände« vom Leder zog, wurde mitgeteilt, daß Richter nicht im Namen sämtlicher katholischen Arbeitervereine, sondern nur im Namen des Verbandes der Berliner katholischen Fachverbände gesprochen habe. Die Anträge Richters, der Resolution Giesberts hinzuzusetzen, »auf dem Boden der christlichen Kirche usw.«, wurden mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts gegen diese Minderheit angenommen. Außerdem wurde noch eine Reihe Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagsruhe, auf den Schutz der Heimarbeiterinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche usw. erstreckten.

Am 3. Verhandlungstage hielt Stegerwald-Cöln einen Vortrag über Lebensmittelversorgung und Lebensmittelerzeugung. Der Redner verlangte in einer Resolution, die der Kongreß annahm, vom Staate, dem Kreditwesen in der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die innere Kolonisation und Urbarmachung von Moorländern fortzuführen, bevorstehenden Handelsverträgen Erleichterung zu gewähren, keine weitere Erhöhung der Zölle oder neue Zölle auf Lebensmittel einzuführen und Lebensmittellämter zu errichten — in der langen Diskussion trat ein »christlich-nationaler« Arbeiter aus Kattowitz in bezeichnender Weise für die Beschränkung der Freizügigkeit und gegen den Abbau der Zollstricken ein.

Sodann hielt der Landtagsabgeordnete Andre-Stuttgart ein Referat über die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des Vereinigungsrechtes für die Angestellten und Arbeiter. Er befuhrwortete eine längere Resolution, in der gefordert wird: Der Kongreß beschließt 1. die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes; 2. den Ausbau des Koalitionsrechtes in dem Sinne, daß der rechtmäßige Gebrauch gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden; 3. daß das Streikpostenstehen gegenüber der polizeilichen Willkür als ein im wirtschaftlichen Kampfe erlaubtes Mittel zu erklären ist; 4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern nebst der Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau zu einem Reichseinigungsamt; 5. daß das Vereinsrecht der Landarbeiter für das ganze Deutsche Reich einheitlich zu gestalten und auszubauen ist; 6. die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechtes. Der Kongreß spricht der Reichsregierung und dem Reichstags Dank und Anerkennung aus für die wiederholte Ablehnung scharfmacherischer Bestrebungen, die gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet sind und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch die neuesten Versuche des vereinigten Unternehmertums, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, aus wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Gründen entschiedene Ablehnung erfahren werden. Der Redner bemerkte, daß die Staatsarbeiter, soweit sie im öffentlichen Verkehr beschäftigt sind, wie die Eisenbahnarbeiter, nicht das Streikrecht verlangen, jedoch ein Gesetz, wonach ihre Lebenshaltung eine solche ist, daß sie nicht notwendig haben zu streiken. Auch im Anschluß an dieses Referat kam es wieder zu erregten Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit des Kongresses und den Vertretern der katholischen Fachvereine Berliner Richtung, denen der Zentrumsabgeordnete Brust vorwarf, daß sie schlimmer als die Gelben seien. Man sieht: die »christlich-nationalen« Brüder kennen einander. Am vierten und letzten Verhandlungstage wurde schließlich der Antrag Andre mit allen gegen etwa zehn Stimmen angenommen.

Dann beschäftigte sich der Kongreß mit der Wohnungsfrage. Stadtrat Dr. Boldt Dorimund wies in längerer Rede auf die schlechten Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und Industrieorten hin. In Groß-Berlin wohne die weitaus größte Mehrzahl der Minderbemittelten in den erbärmlichsten Hofwohnungen, zumeist aus einem Zimmer und einer Küche bestehend. Biswellen stehe ihnen auch nur ein Raum zur Verfügung. Welche verheerenden Wirkungen diese Wohnungsverhältnisse auf den Gesundheitszustand ausübe, sei kaum auszusprechen. Diese schlechten Wohnungen bilden den besten Nährboden für Tuberkulose-Erkrankungen. Die Krankenkassen, Gemeinden, Landesversicherungs-Anstalten würden Millionen von Unterstützungsgeldern sparen können, wenn die Minderbemittelten bessere Wohnungen haben würden. Dieses Wohnungswesen ruiniere das Familienleben

und fördere den Alkohollismus und das Kneipwesen. Schuld hieran habe in der Hauptsache die überhandnehmende Terrainspekulation. Der zweite Berichterstatter, Arbeitersekretär Wilhelm Weyer-M.-Gladbach, befuhrwortete eine sehr lange Resolution, in der es in der Hauptstelle heißt: »Den preußischen Wohnungsgesetzentwurf begrüßt der Kongreß, weil er gegenüber den bestehenden Zuständen immerhin wertvolle Verbesserungen bringt. Unter Berücksichtigung der mangelhaft schlechten Wohnungsverhältnisse in fast allen Großstädten und ganz besonders in den aufstrebenden Industrieorten erscheint dieser Entwurf keineswegs ausreichend, um eine wirklich durchgreifende und wirksame Abhilfe zu sichern. Der Kongreß erachtet es deshalb als dringend notwendig, daß der vorliegende Entwurf des preußischen Wohnungsgesetzes entsprechend der am 22. Mai 1912 im Reichstag angenommenen Resolution ergänzt wird.«

Gewerkschaftssekretär Bastrusch-Köln sprach hierauf über die Arbeitslosenfürsorge. Die Unternehmer befürchteten bei dem Arbeitslosenfürsorgegesetz in Anspruch genommen zu werden. Das abgebrauchte Schlagwort, wer arbeiten will, finde immer Arbeit, ist eine große Unwahrheit und Selbsttäuschung. Dagegen sprechen schon die mannigfachen Ursachen der Arbeitslosigkeit, wie technische Neuerungen, Mißernten, politische Konflikte wie die Balkankriege, Wechsel der Moden, Erschöpfung der Arbeitsstätten. Über den Umfang der Arbeitslosigkeit lasse sich bis jetzt leider noch keine Übersicht machen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit seien überaus verhängnisvoll. Die Eigentumsdelikte mehren sich. Viele Arbeitslose finden den Weg zu einem geordneten Leben nicht mehr zurück, werden Irre an Gott, Staat und Gesellschaft und fallen der Umsturzpartei anheim. Eine wirkliche Arbeitslosenfürsorge ist darum schon aus Gründen der Klugheit und Staatsraison sowie aus menschlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. Die vollkommene Lösung der Arbeitslosenfrage wäre natürlich eine Beschaffung von Arbeit für alle, die arbeiten wollen. Das ist aber schwer. Fürst Bismarck erkannte allerdings schon vor 30 Jahren in gewissem Sinne ein Recht auf Arbeit an. Es müßte nicht nur der Schutz der nationalen Arbeit, sondern auch der Schutz der nationalen Arbeitskraft gefordert werden. Leider seien aber diejenigen, die den Schutz der nationalen Arbeit fortwährend betonen, gerade diese Leute, die, obwohl in Deutschland Hunderttausende arbeitslos seien, unaufrichtig fremdländische Arbeiter ins Inland ziehen. Der schrankenlosen Schmutzkonzurrenz der geistig und kulturell tieferstehenden ausländischen Arbeiter, deren Zahl zur Zeit in Deutschland über eine Million betrage, müsse durch Regierung und Parlament ein Ziel gesetzt werden. Die vernünftige Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit wäre ein vorbeugendes Mittel. Redner befuhrwortete außerdem die innere Kolonisation. Das wirksamste Mittel sei Einführung einer Arbeitslosenversicherung, die auf dem Grundsatz der Solidarität beruhe. Das Durchgreifendste wäre eine Reichsarbeitslosenversicherung, wie sie bereits in verschiedenen Staaten besteht. Die bürgerliche Gesellschaft, schloß der Redner, kann unmöglich den Arbeitern und Angestellten allein die Folgewirkungen der Produktionsstodungen und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit aufbürden. Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen aber sind Nährquellen, aus denen die Sozialdemokratie schöpft. Das haben die Sozialdemokraten auch mehrfach selbst betont. Wir dürfen diese Wunde am Volkskörper nicht offenhalten, sondern müssen sie möglichst bald und mit dauerndem Erfolge heilen. Im Anschluß an das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat wurde eine die Forderungen des Referenten enthaltende Resolution sowie ein Antrag des Abg. Behrens angenommen, der verlangt, daß zur Beschließung der Landarbeiter organisiert und Gesetze geschaffen werden, wonach den Landarbeitern das Koalitionsrecht vollständig zusteht, so daß sie als gleichberechtigte Staatsbürger von Gesetzes wegen angesehen werden.

Die Schlußrede hielt, mit stürmischem Beifall begrüßt, Graf Posadowsky, der ein großes Loblied auf die deutsche Sozialpolitik sang, für Koalitionsfreiheit eintrat und sich gegen jede Verschärfung der bestehenden Strafgesetze wandte. Darauf wurde der Kongreß geschlossen, gn.

Deutschland vor 100 Jahren.

Die 100jährige Wiederkehr des Tages, an dem sich bei Leipzig Tausende verbluteten, an dem sich Deutschland von der »Fremdherrschaft« befreite, bot in letzter Zeit reichlich Gelegenheit, der Vergangenheit Deutschlands zu gedenken. Alle Zeitungen und Zeitschriften haben sich mit den politischen Ereignissen jener Zeit befaßt, in dicken Bänden mit vielversprechenden Titeln, die in großer Anzahl auf dem Büchermarkt erschienen sind, werden die politischen Geschehnisse vor 100 Jahren behandelt. Den meisten dieser Sildierungen liegen aber weniger die Liebe zur Wahrheit, als vielmehr byzantinistische Bestrebungen zugrunde.

Wenn nun die Überschrift dieser Zeilen ebenfalls an jene Zeit erinnert, so sollen damit nicht abermals die kriegerischen und politischen Ereignisse vor 100 Jahren geschildert werden, sondern wir wollen uns einmal mit dem wirtschaftlichen Zustand Deutschlands vor 100 Jahren befassen. Es soll geschildert werden, wie Deutschland zur Zeit der Be-

freilungskriege und noch lange nachher wirtschaftlich ausgedehnt hat und in welchen Formen und unter welchen Verhältnissen sich das Wirtschaftsleben zu jener Zeit entwickelte.

Deutschland ist heute ein industriell hochentwickeltes Wirtschaftsgebiet. Seine industriellen Erzeugnisse und vor allem sein Maschinenbau haben sich Weltruf erworben. Die Leistungen deutscher Ingenieure und Arbeiter werden allenthalben anerkannt und sehr oft wird von ausländischen Unternehmungen der deutsche Techniker bevorzugt. Deutschland ist heute ein Staat, dessen Bevölkerung zum weitaus größten Teil industriell beschäftigt ist, dessen arbeitende Bevölkerung in fabrikmäßigen Betrieben zur Vermehrung des in diesen Betrieben angelegten Kapitals arbeitet. Es ist also ein Staat mit einer ausgeprägten industriell-kapitalistischen Wirtschaftsform.

Wie hat nun dieser Industriestaat zur Zeit der Befreiungskriege ausgesehen? Gegenüber seinen westlichen Nachbarn Frankreich und England war Deutschland damals noch ein wirtschaftlich sehr zurückgebliebenes Land. In diesen beiden Ländern hatte sich bereits Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine schwinghafte Industrie zu riesigen Dimensionen entfaltet. Vor allem stand in England, das sich durch seine rasche Ausbreitung zur Kolonial- und Handelsmacht schon sehr zeitig zum Industriestaat entwickelt hatte, am Anfang des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Wirtschaftsweise bereits in voller Blüte und hatte dort schon die furchtbarsten Folgen für die arbeitende Bevölkerung gezeitigt. Die englische Arbeiterschaft war bereits damals durch eine wahnsinnige Ausbeutung zu wirtschaftlichen Revolten getrieben worden und die englische Regierung mußte sich schon damals mit Arbeitereretzungssetzungen befassen. In jener Zeit also, da in Frankreich und England der Industrialismus die Herrschaft hatte, war in Deutschland noch nichts von alledem zu spüren. Deutschlands Wirtschaftsleben vom Anfang bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts kennzeichnete sich vielmehr durch folgende Erscheinungen:

1. Die Bevölkerung war sehr spärlich, lebten doch auf dem Gebiete des heutigen Deutschen Reichs nur reichlich 20 Millionen Menschen. Nach 1816 betrug die Zahl der Bevölkerung erst 24,8 Millionen, die dann 1830 auf 29,5 Millionen angewachsen war. Wenn man bedenkt, daß heute im gleichen Gebiet 3mal soviel, nämlich über 64 Millionen Menschen wohnen und ihre Existenz fristen, so müssen sich seit jener Zeit auf diesem Gebiete schon ganz gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen vollzogen haben.

2. Die Landwirtschaft bildete zum weitaus größten Teil die Erwerbstätigkeit des deutschen Volkes, während Handel und Gewerbe nur einen sehr geringen Raum einnahmen.

3. Das deutsche Siedewesen war noch unentwickelt; die Bevölkerung war nicht in große Städte zusammengepreßt, sondern die meisten deutschen Städte waren kleine Landstädten, in denen ebenfalls zum großen Teil Landwirtschaft betrieben wurde.

4. Der Verkehr war durch zahlreiche Kleinstaaten mit ihren Zollschranken gehemmt. Die Verkehrsmittel waren schlecht, Eisenbahnen gab es noch nicht.

Für Leute mit konservativer Veranlagung waren diese Verhältnisse gegenüber denen der westlichen Länder eigentlich recht erbaulich. Von einem industriellen Hasten und Jagen war noch nichts zu spüren, und so mancher wünscht sich denn auch im Stillen jene ideale Zeit zurück, in der man angeblich so ruhig und zufrieden gelebt hat. Waren aber die Verhältnisse wirklich so ideal, wie sie so oft in Erzählungen aus jenen Tagen getadelt werden? Freilich, eine fabrikmäßige Ausbeutung der Bevölkerung konnte man noch nicht; gab es doch damals in Deutschland noch keine kapitalistischen Betriebe im heutigen Sinne. Aber was in Frankreich und England der industrielle Kapitalismus übte, das übte im landwirtschaftlichen Deutschland eine Klasse von Menschen, die eben so hochmütig und brutal war, wie die englischen Kapitalisten habgierig und gewissenlos waren: die Klasse der Gutsbesitzer. Die deutsche Bevölkerung, die zu $\frac{3}{4}$ ihrer Gesamtheit landwirtschaftlich tätig war, hatte sich nach und nach in zwei Klassen geschieden, in Gutsbesitzer und Bauern. Erstere beuteten die armen und hörigen Bauern ebenso aus, wie es der Kapitalist in England mit der industriellen Bevölkerung tat. Die deutsche kleinbäuerliche Bevölkerung führte nur mit Mühe und Not ein kümmerliches Dasein. Ihre Tätigkeit konnte nur so wenig ergebnisreich sein, da sie die damals noch übliche Dreifelderwirtschaft mit den Brachfeldern sowie der Flurzwang an einer rationellen Bebauung ihrer Felder hinderte. Die Erträge ihrer Feldwirtschaft waren deshalb durchaus nicht reichlich, sondern langten gerade zur Fristung eines anspruchslosen Lebens. Dabei wurden die Gebrauchsgüter für die Familie in den meisten Fällen nur selbst hergestellt. Im eigenen Hause wurde mit Hilfe aller Familienangehörigen selbst gebaden, geschlichtet, gesponnen und gewebt, man war in den meisten Fällen sein eigener Tischler und Seltensmacher. So wurden also die meisten Bedarfsartikel im eigenen Hause produziert, ein Warenaustausch fand nicht, oder nur in geringem Maße statt, es bestand also damals in Deutschland für die bäuerliche Bevölkerung noch zum großen Teil die Hauswirtschaft. Diesen um ihre Existenz schwer kämpfenden Bauern saßen nun die Gutsbesitzer im Nacken

und verstanden es ausgezeichnet, sich von ihnen ernähren zu lassen. Diesen Menschen, die meist aus dem verkommenen Adel des Mittelalters hervorgegangen waren, wurde im 17. Jahrhundert von den Fürsten unumschränkte Gewalt über die »hörigen« Bauern ihres Gutsbezirks eingeräumt. Mit der Fähigkeit, die allen Parasiten eigen ist, hielten sie natürlich auch noch am Anfang des 19. Jahrhunderts an den Privilegien und Herrenrechten fest, durch welche ihnen die Bauern »verbuntertänig« und »schollenpflichtig« waren, d. h. die Bauern waren dem Gutsherrn zu allerlei Fron und Herrendiensten verpflichtet. So mußten z. B. die gutsherrlichen Felder unentgeltlich besät werden, oder der hörige Bauer mußte alljährlich einen bestimmten Teil seines Arbeitsertrages, wie Getreide und sonstige Feldfrüchte oder auch Vieh, an den Gutsherrn abliefern, oder er mußte zur Bebauung der herrschaftlichen Äcker sein Vieh zur Verfügung stellen. Kurz, alle für ihre Gutswirtschaft erforderliche Arbeit ließen sich die Gutsbesitzer, die Vorfahren unserer heutigen Junker, von den Bauern ihres Gutsbezirks ausführen und sie behandelten diese dafür nur hochmütig und brutal. Diese Menschen hatten die Gesetzgebung und die Armee in ihrer Gewalt, alle maßgebenden Stellen wurden aus ihren Reihen besetzt, und so konnten sie sich denn auch unbeschränkte Anmaßungen und Freiheiten erlauben, unter denen die landwirtschaftliche Bevölkerung seufzte.

Freilich waren auch die Gutsbesitzer damals noch nicht mit großen Reichtümern ausgestattet, da zu jener Zeit hohe Gewinne aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse noch nicht oder nur wenig in Frage kamen. Den Einfluß aber, den sie auf Staat und Gesetzgebung ausübten, wußten sie zu ihrem Vorteil würdig auszunützen, und wenn Deutschland bis weit in das 19. Jahrhundert hinein wirtschaftlich wie politisch ein rückständiges Land blieb, dem die westlichen Länder ein großes Stück voraus waren, dann war dies gewiß ein wesentliches Verdienst der reaktionären Gutsbesitzerklasse.

Diese eben geschilderten Verhältnisse galten für den größten Teil des deutschen Wirtschaftslebens; unter ihnen lebten Dreiviertel der Gesamtbevölkerung, während Handel und Gewerbe als Träger des Wirtschaftslebens am Anfang des vorigen Jahrhunderts nur in geringem Maße in Frage kamen. Die Erwerbstätigkeit der städtischen Bevölkerung fand in kleinen Handwerksbetrieben statt und erschöpfte sich in der Herstellung von Gebrauchsgegenständen, die nicht auf Vorrat, sondern nur nach Bedarf und auf Bestellung des Kunden produziert wurden. Eine Arbeitstellung bestand nicht, vielmehr wurden die Gegenstände durch eine Hand vom Rohstoff bis zu ihrer Vollendung hergestellt. Starke Reserven der Zukunft, die als Fachorganisationen der verschiedenen Handwerke im Mittelalter zu mächtigem Einfluß gelangt waren, beherrschten auch jetzt noch die gewerbliche Arbeit Deutschlands. Freilich hatte das Zunfswesen am Anfang des 19. Jahrhunderts schon viel von seiner früheren Bedeutung eingebüßt. Es war aber immerhin noch Instanz für Produktion, Absatz und Preis der Waren zu beeinflussen. Dem Handwerksmeister wurde auch damals noch oft die Zahl der Gesellen und Lehrlinge, sein Absatzgebiet und der Mindestpreis seiner Produkte vorgeschrieben, damit jeder seine auskömmliche Existenz haben sollte. Die Handwerksmeister hatten denn auch in der Regel einen stehenden, wenn auch kleinen Kundenkreis, und so war wohl der Einzelne gegen existenzgefährdende Konkurrenz geschützt, gleichzeitig aber wurde dadurch auch das ganze gewerbliche Leben in seiner Entwicklung gehemmt.

In den größeren Städten herrschten also die kleinsten Betriebe vor. Sie waren die Träger städtischer, gewerblicher Arbeit. Auch in den kleinen Landstädten waren die Handwerker stark verstreut; bei ihnen bildete aber nicht ausschließlich die Berufarbeit die Erwerbstätigkeit, sondern sie bestellten ihr Feld, trieben also nebenbei ebenfalls Landwirtschaft. So war es nicht seltsam, daß in der Erntezeit die Werkstatt leer stand, während alles auf dem Felde beschäftigt war. Noch heute kommt es in ganz entlegenen Landstrichen vor, daß zur Erntezeit das Feuer in der Schmelde schlummert und Hobel und Säge des Schreiners sich einer beschaulichen Ruhe erfreuen. Die gewerbliche Arbeit in Deutschland blieb also nur auf die Städte beschränkt und war auch dort vielfach nicht Alleinerwerb; ihre Entwicklung wurde durch Zunfthaltungen gehemmt. In der Landwirtschaft wiederum wurde durch eine unrationelle Bebauung der Felder sowie durch die brutale Knechtung und Ausbeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung jede großzügige Bewirtschaftung unmöglich gemacht.

Handel und Verkehr waren ebenfalls durch zahlreiche Hindernisse in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Deutschlands wirtschaftliche Rückständigkeit entsprach eben ganz und gar seinem politischen Elend und war mit diesem untrennbar verknüpft. Das Deutschland der damaligen Zeit war kein einheitliches Staatswesen, sondern nur ein Sammelsurium vieler kleiner, für sich souveräner Staaten, d. h. jeder der vielen Einzelstaaten, die zusammen den Namen Deutschland führten, hatte seine eigene, von den anderen unabhängige Gesetzgebung, eigene Münz- und Postwesen und, was als Hemmschuh im Wirtschaftsleben besonders in Frage kam, jeder dieser kleinen Staaten hatte sich mit dicken Zoll-

mauern umgeben, die jedem wirtschaftlichen Fortschritt im Wege standen. Dazu kam, daß diese kleinen Staaten alle autokratisch, ohne jeden Einfluß des Volkswillens regiert wurden, wodurch natürlich ebenfalls jede freiere Entwicklung ausgeschlossen war.

Bei der unmittelbaren Nachbarschaft wirtschaftlich hochentwickelter Länder konnte es aber nicht ausbleiben, daß sich auch in Deutschland Bestrebungen nach wirtschaftlichem Aufschwung geltend machten, und diese setzten denn auch im 3. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts sehr lebhaft ein. Auf dem platten Lande waren in verschiedenen Landesteilen Hausindustrien entstanden, indem Kaufleute von den Landbewohnern Leinwand, Tuche und sonstige Waren in größeren Mengen herstellen ließen, die sie dann in den Städten verkauften. Ferner waren hier und da vielfach mit staatlicher Hilfe sogenannte Manufakturen errichtet worden, das sind größere Betriebe, in denen viele Leute bei weitdurchgeführter Arbeitsteilung beschäftigt sind, die aber noch auf der Handarbeit beruhen. Aber auch in den Handwerksbetrieben der Städte begann sich um diese Zeit verschiedenes zu ändern. Das Zunfswesen hatte sich glücklicherweise und eine freiere Konkurrenz machte sich Platz. Aus den kleinen Werkstätten wurden größere Betriebe, in denen die Arbeitskräfte zu immer längerer und intensiverer Arbeit genötigt wurden. Mit allen diesen Neuerungen waren vorher unbekannte Produktionsquellen geschaffen, die aber auch freiere und größere Absatzgebiete benötigten. Der Erschließung solcher Absatzgebiete stellten sich jedoch die zerrissenen Verhältnisse und der Mangel guter Verkehrsmittel entgegen, und nur der Wegfall der Zollschranken, sowie die Schaffung von guten Verkehrsmitteln konnte die Wege zu einer freien Entwicklung ebnen.

Da war es nun der Nationalökonom Friedrich List als einer der ersten und eifrigsten Vorkämpfer moderner Entwicklung, der für den Bau von Eisenbahnen eintrat. Nachdem er von seinem Professorposten an der Tübinger Universität 1818 entsetzt worden war, hatte er bis 1832 in Amerika gelebt und dort den hohen kulturellen und wirtschaftlichen Wert der Eisenbahnen kennen gelernt. Nach Deutschland zurückgekehrt, trat er nun eifrig für den Bau von Eisenbahnen als Verkehrsmittel ein und 1833 erschien aus seiner Feder eine Schrift mit dem Titel »Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems.« Seine Ideen sollte er allerdings nicht verwirklicht sehen, denn durch sein Drängen nach fortschrittlichen Reformen war er verhaßt und von der herrschenden Gesellschaft auf die Seite gestellt worden, so daß er in die bitterste Not geriet und seinem Leben vorzeitig durch Erschießen ein Ziel setzte. So war er wie so mancher nach ihm im Kampfe mit dem reaktionären Geist und der konservativen Erhaltungspolitik auf der Strecke geblieben. Aber die von ihm verteidigten Ideen wirkten fort. Die Notwendigkeit besserer Verkehrsverhältnisse wurde von immer weiteren Kreisen des Bürgertums begriffen und bald allgemein gefordert.

Aber auch die Abschaffung oder Einschränkung des Zollwesens war als erste Voraussetzung zur Erschließung weiterer Absatzgebiete erkannt worden; für sie trat man zunächst ein, gegen die Zollschranken lief man zunächst Sturm. Nach jahrelangem Drängen gegen Preußen, das sich damals schon gegen jeden Fortschritt sträubte, dem schon damals jede freihandlige Regierung verpönt war, kam endlich am 5. Dezember 1833 ein Abkommen zwischen 18 deutschen Staaten zustande, in welchem sich jeder dieser beteiligten Staaten verpflichtete, im Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten keine Zölle zu erheben. Der Zoll- und Handelsverein wurde gegründet. An den Grenzen des Zollvereins wurden aber nach wie vor Zölle für allgemeine Rechnung erhoben. Am 1. Januar 1834 traten die Abmachungen des Zollvereins in Kraft, und dieser Tag ist deshalb für die wirtschaftliche wie auch politische Entwicklung Deutschlands von hoher Bedeutung. Die anderen Staaten folgten bald dem Beispiele, aber erst 1854 waren sämtliche deutschen Staaten mit Ausnahme Österreichs dem Zollverein angeschlossen. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Zollvereins fuhr zwischen Nürnberg und Fürth die erste deutsche Eisenbahn, der dann 1838 die Eröffnung der Strecke Berlin—Potsdam und 1839 Leipzig—Dresden folgte.

Mit allen diesen Gründungen und Neuerungen war aber die Schwächung des alten Handwerks verbunden und eine kapitalistische Wirtschaft begann sich allmählich aus der kleinstädtischen handwerksmäßigen Produktionsweise zu entwickeln. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts war also auch in Deutschland endlich der Weg geebnet, auf dem sich ein freieres Wirtschaftsleben entfalten konnte. Von dieser Zeit an war die vorkapitalistische Wirtschaftsweise im Absterben begriffen; eine neue, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die bis dahin erst in Kolmen und winzigen Ansätzen vorhanden gewesen war, gelangte nun zum siegreichen Durchbruch. Bevor aber Handel und Verkehr sich richtig entfalten konnten, bevor der Industrialismus zur Herrschaft gelangte, waren noch mehr und noch günstigere Entwicklungen nötig, bedurfte es vor allem noch weiterer und größerer Anstrengungen des aufstrebenden Bürgertums gegen fürstlichen Absolutismus und junkerlich-kleinbürgerliche Reaktion.

Albert Reuther.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Aus unserm Bulletin.

Das »Bulletin des internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe«, das in jedem Quartal erscheinen soll, ist für das laufende Jahr nur in drei Vierteljahrsausgaben herausgekommen. Im dritten Quartal fiel es aus. An seiner Stelle gab das internationale Sekretariat das ausführliche Protokoll vom VIII. Internationalen Kongreß der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe heraus, der vom 25. bis 28. August in Wien abgehalten wurde. Wir haben über das Ergebnis dieses Kongresses in Nr. 36 unseres Blattes berichtet und weisen die Kollegen, die sich eingehender über seinen Verlauf informieren wollen, auf das erwähnte 48 Oktavseiten umfassende Protokoll, das auch einen Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats während seiner letzten dreijährigen Arbeitsperiode enthält. Inzwischen ist nun das Bulletin für das vierte Vierteljahr 1913 erschienen, über dessen wichtigsten Inhalt an dieser Stelle ebenso berichtet werden soll wie über den Inhalt der früher erschienenen Nummern des Bulletins.

Die neue Ausgabe (Nr. 23) enthält an leitender Stelle eine sehr beachtenswerte »Internationale Übersicht von 1912«, die alle unserer Berufsinternationale angeschlossenen Verbände mit Ausnahme des amerikanischen Lithographenverbandes und des graphischen Verbandes für Brasilien umfaßt; diese zwei Organisationen schlossen sich erst im laufenden Jahre unserer Internationale an. Der Bericht aus Holland umfaßt nur die letzten drei Monate seit der Neugründung und Umgestaltung des Verbandes. Der Bericht aus Italien umfaßt nur neun Monate in seinen Einnahmen und Ausgaben.

Der Artikel des Bulletins stützt sich auf die unten folgende tabellarische Übersicht. Diese zeigt wieder eine Vermehrung der Mitgliederzahlen, und zwar um 1047, trotzdem die Landesorganisationen von Deutschland um 407, England (Londoner Schleifer) um 64 und Ungarn um 37 zurückgegangen sind; alle übrigen Landesorganisationen haben eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. In Deutschland und Ungarn, wie auch in London (Schleifer) ist das Zurückgehen der Mitgliederzahlen auf ein Zurückgehen in der Beschäftigungsziffer zurückzuführen. In Deutschland ging die Mitgliederzahl der Lithographen seit dem Jahre 1910 um 847 und die der Steindrucker um 181 zurück; zurzeit sind 3494 Lithographen- und 8068 Steindrucker-Mitglieder vorhanden und ein weiteres Zurückgehen, besonders bei den Lithographen, ist infolge der veränderten Produktionsverhältnisse zu befürchten. Auch die Lithographenmitglieder sind von 673 auf 652 zurückgegangen. Die Chemigraphen haben dagegen von 2321 auf 2707 Mitglieder seit dem Jahre 1910 zugenommen; gestiegen sind ferner die Kupferdruckermitglieder von 190 auf 204, die Photographen von 354 auf 365, die Form-

steder von 443 auf 467 Mitglieder. — Die Kollegen in Belgien, die bisher drei getrennte Vereine hatten, haben sich zu einer Einheitsorganisation zusammengeschlossen. Ebenso haben sich in Holland die bisher getrennt bestehenden Organisationen zu einem Einheitsverbande verbunden. Die Lithographenorganisation in London hat sich aufgelöst und dem allgemeinen englischen Lithographen-Verbande angeschlossen.

Die gesamte Jahres-Einnahme ist um 808391 Mk. zurückgegangen, in Deutschland allein um 307385 Mk., was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß im Berichtsjahre Extrasammlungen für Kampfzwecke im Gegensatz zum Vorjahre nicht stattgefunden haben. Das Gleiche gilt für den englischen Steindrucker-Verband, dessen Jahreseinnahme um 70612 Schilling zurückging, und für Österreich, wo die Jahreseinnahme von 374533 Kronen 1911 auf 191177 Kronen 1912 sank. Bei den Londoner Schleifern und in Ungarn ging die Jahreseinnahme infolge des Rückganges der Mitgliederziffern zurück. In Belgien und Norwegen stieg die Jahreseinnahme entsprechend der Steigerung der Mitgliederzahl, in Frankreich wegen einer vorgenommenen Beitragserhöhung. Die Einnahmensumme für Holland für das Jahr 1912 bezieht sich nur auf drei Monate. In Finnland ist sie für unsere Kollegen nicht zu berechnen, weil der Verband auch die Buchdrucker und Buchbinder umfaßt und besondere Angaben für die einzelnen Berufszweige nicht gemacht werden. Die Steigerung der Einnahmeziffer in Spanien ergibt sich daraus, daß die für 1911 genannte Summe nur einen Teil des Jahres betrifft, während für 1912 die gesamte Jahreseinnahme angegeben ist.

Die Wochenbeiträge sind noch immer gering, besonders in Spanien. Um einiges erhöht sind sie in Italien und Holland. In Belgien, wo ein Zusammenschluß der vorhandenen Organisationen stattfand und diejenigen mit bisher geringeren Beiträgen nunmehr den höheren Beitrag zahlen müssen, fand sonst eine Beitragserhöhung nicht statt.

Sirelkausgaben hatten zehn Landesverbände; davon waren besonders England (Steindrucker), Deutschland und Österreich betroffen. Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung wird in allen Organisationen gezahlt. Vier Landesorganisationen zahlen keine Krankenunterstützung. Invalidentunterstützung wird in fünf Ländern ausgezahlt und Witwenunterstützung nur in Deutschland.

Der Vermögenbestand ist in Deutschland infolge des Streiks zurückgegangen. Auch in Österreich ist er gesunken, aber nicht allein infolge der stattgefundenen Streiks, sondern auch infolge größerer Arbeitslosigkeit. Ein Gleiches ist von Ungarn nachzuweisen, wo für Sirelks nichts ausgegeben wurde und das Vermögen trotzdem um 10931 Kronen sank. Der gesamte Vermögenbestand ist um 396943 Kronen geringer als im Vorjahre. Der Vermögenbestand stieg in 14 Landesorganisationen und in drei Landesorganisationen ist er gefallen.

Am Schluß der Übersicht des Bulletins wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die An-

gaben als Wegweiser für den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen dienen können. —

Diesem Leitartikel folgen Berichte über unsern internationalen Kongreß in Wien, über die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und internationalen Berufssekretariate in Zürich und über den Generalstreik in Belgien. Die Wiedergabe dieser Berichte erübrigt sich, da unser Blatt bereits selbst Artikel über die genannten Vorgänge veröffentlichte. Das Gleiche gilt von dem Bericht über den Verbandtag unseres österreichischen Bruderverbandes. Dagegen werden wir den Bericht der belgischen Chemigraphen aus dem Bulletin in dem Spartenenteil für die photomechanischen Fächer zum Abdruck bringen.

Aus der in Nr. 23 des Bulletins enthaltenen Abrechnung des Sekretariats für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1913 teilen wir mit, daß einer Einnahme von 7425,83 Mk. eine Ausgabe von 2962,21 Mk. gegenübersteht. Durch den Überschuß von 4463,62 Mk. erhöhte sich der Kassenbestand von 5812,48 Mark auf 10276,10 Mk. — Das Bulletin bringt ferner noch die Fortsetzung der Artikelreihe »Die Arbeiterversicherung in Europa« aus den Nrn. 20, 21 und 22 und schließt mit einem Verzeichnis internationaler Adressen.

Ansichtskartenzensur.

Wie in Nr. 47 der »Graph. Presse« berichtet wurde, haben die Beschlagnahmen künstlerischer Ansichtskarten dem Verein Deutscher Kunstverleger in Leipzig Veranlassung gegeben, an die Behörden das Ersuchen zu richten, eine Ansichtskartenzensur einzuführen, die ähnlich wie die Filmzensur gehandhabt werden soll. Eine solche Anregung ist allerdings nicht neu, denn schon vor mehreren Jahren wurde eine Ansichtskartenkontrollstelle in Vorschlag gebracht, durch die der ungerechtfertigten Beschlagnahme von Postkarten entgegengewirkt werden sollte.

Die Auskunftsstelle war derartig gedacht, daß sie die vorgelegten Entwürfe prüfen sollte und wenn diese zur Veröffentlichung zulässig erachtet worden sind, sollte eine eventuelle spätere Bestrafung des Fabrikanten seitens der Gerichte ausgeschlossen sein. Man sah schon damals in der Errichtung einer derartigen Institution das einzige Mittel, um den Übergriffen der Polizei und Staatsanwaltschaft entgegenzuwirken. Hat doch der unter der Flagge »zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild« seit einiger Zeit bestehende Kampf zu ganz eigenartigen Auswüchsen geführt.

Von dem Verein, der sich angeblich den »Kampf gegen Schmutz in Wort und Bild« zur Aufgabe gestellt hat, wurden Fabrikanten, die im »Simplicissimus« annuncieren, aufgefordert, diese Insertion zu unterlassen, widrigenfalls man einen Boykott gegen sie inszenieren würde. Von solchen Kleinlichkeiten aber ganz abgesehen, hat man es sich in letzter Zeit besonders zur Aufgabe gesetzt, soweit als möglich Ansichtskarten daraufhin zu prüfen, ob nicht die bildliche Wiedergabe in irgend einer Weise Anlaß gibt, den Staatsanwalt dagegen mobil zu machen.

Wenn man nun bedenkt, daß gerade in dem Kampf um die Freiheit der Kunst der Begriff des Normalmenschen geprägt wurde und daß trotzdem die Anschauungen über das, was moralisch ist, so verschieden sind, daß Mucker sogar die Bilder von Kindern in oberbayrischer Tracht, also mit nackten Knien, als unästhetisch denunzierten, so kann man es begreiflich finden, daß sich die Interessenten veranlaßt sehen, gegen die von der Behörde befolgte Taktik zu protestieren.

Bei der Begründung des Antrages auf Schaffung einer Zentral-Auskunftsstelle wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß niemand es mit größerer Freude begrüßen könnte, wenn die Ansichtskartenindustrie von wirklichen Auswüchsen gesäubert würde, als gerade die Interessenten. Das Vorgehen aber, wie es jetzt üblich ist, ist geeignet, alle Kreise, die an der Herstellung von Postkarten interessiert sind, zu schädigen. Während den illustrierten Zeitungen, namentlich den sogenannten Witzblättern, die für wenige Pfennige an zahllosen Verkaufsstellen von jedem Minderjährigen erworben oder zumist in den Auslagen gratis beschliffen werden können, ansehend erlaubt wird, Bilder zu bringen, die meist bis an die äußerste Grenze des Pikanten gehen, Bilder, bei denen die Schaulustige weiblicher Reize durch deutliche Unterschriften oder Zeichen noch stark unterstrichen wird, verbietet man der Ansichtskartenindustrie nicht nur die Publikation von Meisterwerken klassischer Kunst aus den staatlichen Galerien, man beschlagnahmt nicht nur, wie es in Berlin geschah, auf Denunziation der Zollbehörde hinf Reproduktionen von Gemälden des berühmten schwedischen Malers Anders Zorn, sondern man konfiziert auch eine einfache Liebesserie, die z. B. ein durchaus dezent gekleidetes, in

Landesorganisationen	Mitgliederbestand am 1. Januar		Beiträge in	Jahres-einnahme 1912	Jahres-ausgabe 1912	Jahresausgabe an Reise- und Arbeitslose	Unterstützungen für Kranken- u. Sterbegelder	Unterstützungen für Invaliden und Witwen	Vermögensbestand 1. Januar		
	1912	1913							1912	1913	
Belgien	518	783	France	48 142	32 944	1 589	9 045	4 507	2 800	51 798	65 739
Dänemark	370	411	Kronen	20 844	10 856	246	5 305	—	—	26 762	37 483
England, Lith. Print.	4 468	4 901	Schilling	266 610	260 550	47 380	67 190	30 857	—	309 505	315 565
„ „ Artists	1 836	1 963	„	70 386	57 398	303	14 304	11 180	—	229 920	252 914
London, Stone prep.	140	76	„	3 715	2 882	200	147	561	—	4 854	5 687
Deutschland	16 168	15 761	Mark	1 182 994	1 701 157	834 653	167 351	211 211	140 237	724 450	206 288
Finnland	110	129	„	37 748	35 751	—	14 046	—	—	32 660	—
Frankreich	2 192	2 283	France	41 701	28 746	6 031	1 340	—	—	11 337	24 292
Holland	839	939	Gulden	2 961	2 338	—	157	276	—	2 096	4 128
Italien	1 013	1 191	Lire	29 839	16 427	—	4 413	6 353	—	20 907	39 578
Norwegen	355	420	Kronen	30 486	23 972	—	2 875	8 321	550	30 397	36 911
Österreich, Lithogr.	3 315	3 374	„	191 177	167 118	22 107	44 093	43 786	27 526	289 912	329 304
„ Photogr.	201	203	„	6 955	6 709	—	496	184	—	8 907	8 923
Schweden	214	240	„	7 879	7 099	—	1 048	21 225	—	3 250	6 917
Schweiz	810	933	France	76 387	43 812	3 019	8 176	17 356	—	14 7007	208 581
Spanien	752	847	Peseta	3 850	1 155	1 680	—	—	—	536	1 557
Ungarn	516	470	Kronen	48 938	4 476	—	13 705	14 139	840	88 261	77 330
	33 886	34 833		2 080 018	2 403 432	917 296	353 991	369 956	171 913	1 950 799	1 533 856

einer Frühlingslandschaft ruhendes Paar, das natürlich ebenso gut ein Ehepaar wie ein Brautpaar sein kann, zeigt und stellt den Fabrikanten unter Anklage. Die Kartenfolge sei zwar an sich keineswegs unsittlich, aber doch geeignet, bei dem Beschauer den Gedanken auszulösen, die im Verlauf der Kartenserie sich allmählich steigende Zärtlichkeit müßte schließlich zu — sagen wir — Intimitäten führen. Und weil die Jugend, deren reines Gemüt bekanntlich in Berlin ausschließlich durch Ansichtskarten verdorben werden kann, vor Gedanken, die sich beim Betrachten einer Liebeserie einstellen können, bewahrt bleiben muß, schreibt die Behörde zur Konfiskation und zur Anklage.

Ist nun auch der einzelne Fall — selbst wenn es sich um das berühmte Bild der Jo aus dem Kaiser Friedrich-Museum in Berlin handelt — nicht von allgemeiner Bedeutung, so handelt es sich doch, wie des öfteren hervorgehoben wurde, um den Kampf gegen ein unhellvolles System, das geeignet ist, eine blühende Industrie zu ruinieren, weil schließlich weder Fabrikant noch Händler generell wissen können, welche Karten Polizei und Staatsanwalt freilassen, bzw. was für unsittlich erachtet wird. Da aber angeblich in die Unabhängigkeit der Gerichte nicht eingegriffen werden darf, was es auch nicht möglich, an den Minister das Eruchen zu richten, die Polizeibehörden generell anzuweisen, von Beschlagnahmen abzusehen. Man hat daher den anscheinend einzig möglichen Ausweg gewählt, indem die Errichtung einer Ansichtskartenzensur beantragt wurde. Es soll also eine ähnliche Institution geschaffen werden, wie sie für Kinematographenfilms bereits besteht. Die Worte des bekannten Rechtslehrers Robert von Mohl dürften hier besondere Beachtung verdienen:

„Für den Staat, welcher darauf zu sehen hat, daß die Interessen des äußeren Wohls, der Sitten und Bildung seiner Angehörigen gemeinsam gefördert werden, ist es die wichtigste Aufgabe, die möglichst vollkommene Ausbildung der Sittlichkeit seiner Angehörigen nach allen Kräften zu fördern. Dabei hat er aber auch überall die individuelle Freiheit seiner Angehörigen zu schonen, um nicht durch äußeren Zwang eine sittliche Scheinhelligkeit anstatt wahrer Sittlichkeit herbeizuführen.“

Nach wie vor wird wohl die Tatsache bestehen bleiben, daß eine Reproduktion auf Postkarten ganz wesentlich anders beurteilt wird, als wenn die Vervielfältigung in anderer Form erfolgt. Denn bisher gingen die Gerichte immer von dem Standpunkt aus, daß die Ansichtskarten besonders deshalb streng beurteilt werden müssen, weil sie ihrer Billigkeit wegen in weitere Kreise gelangen, als dies bei anderen Reproduktionen kostspieliger Art der Fall ist.

Ob allerdings die Gefahren, die durch die Verbreitung zweifelhafter Postkarten entstehen, wirklich so groß sind und ob nicht unser Volk von ganz anderen Gefahren bedroht wird, ist eine Frage, die hier nicht zu erörtern ist.

F. H.

Fortschritte in Amerika.

Endlich ist die Verschmelzungsfrage der graphischen Verbände Amerikas aus dem Rahmen negativer Diskussionen in das Gebiet praktischer, positiver Wirksamkeit getreten. Das, was die fortschrittlichen, vom modernen Geist erfüllten Kollegen der graphischen Industrie jahrelang erwünscht und ersehnt, wofür sie trotz immerwährender Mißerfolge rastlos gearbeitet haben: die Zusammenfassung der verschiedenen Berufsverbände zu einem einheitlichen, organischen Ganzen, das ist jetzt nach Beendigung der Buffalo-Konvention in eine recht nahe Zukunft gerückt worden.

Schon vor Monaten traten die Vertreter der verschiedenen Organisationen in Chicago zu einer Vorkonferenz zusammen, die anfänglich rein lokalen Charakter trug, aber zur nationalen Angelegenheit wurde, nachdem durch einen zur Urabstimmung vorgelegten Plan die Basis zu weiteren Verhandlungen gegeben war. Dieser Plan, der durchaus nicht die Ansichten derjenigen Kollegen widerspiegelte, die in der modernen Gewerkschaft ein Mittel des Klassenkampfes erblickten, wurde trotz seiner vielen anfechtbaren Punkte und offensichtlichen Mängel von ihnen unterstützt, um die ganze Verschmelzungsfrage in Fluß zu halten. Gewiß gab es eine nicht kleine Anzahl pessimistischer Berufsgenossen, die mit Sicherheit voraussehen wollten, daß auch diese Konferenz das gleiche Schicksal wie ihre Vorgänger ereilen würde, lediglich ein Versuch mit unglücklichem Ausgang zu sein. In der Tat schied es so, als sollen jene prophetischen Kollegen Recht behalten, denn trotz mühsamen Lausens ließ die Konferenz recht wenig von sich hören. Sie hüllte sich in sich undurchdringliches Schweigen, daß die New Yorker Lithographenlilale gemeinsam mit den Schleiffkollegen ein lokales Komitee erwählte, das für den Fall des Scheiterns der Chicago-Konferenz sofort die Verhandlungen weiter fortsetzen sollte. Wohl zur größten Überraschung fast aller Kollegen wurde dann plötzlich zum 8. September die nationale Konferenz nach Buffalo einberufen. Auf welcher Grundlage sie ihre Verhandlungen pflegen sollte, welche Voraussetzungen vorhanden waren, um sie überhaupt zu praktischen Resultaten gelangen zu lassen, das blieb nicht nur jenen ein Geheimnis, die an der gewerkschaftlichen Bewegung wenig Interesse bekunden, die also auch

der Verschmelzungsfrage völlig indifferent gegenüberstehen, sondern selbst denjenigen, die als vom Präsidenten ernannte Vertreter an der Konvention teilnehmen sollten. In ganz unverständlicher, nach unserer Auffassung völlig zweckwidriger Weise wurde das Resultat der Chicago-Konferenz der Kollegenchaft vorenthalten. Und doch mußte dieses als Basis für die nationale Konferenz dienen. Wides alles Erwarten erwies sich die 4tägige Konferenz aber als arbeitstüchtig und präsentierte einen Plan, der in seinen Prinzipien unsere volle Anerkennung findet und sicherer Voraussage nach von der gesamten Kollegenchaft akzeptiert werden dürfte. Damit wäre dann aber die Verschmelzung perfekt, bis auf die dann noch so überaus wichtigen Schlußarbeiten. Der krankhafte Zustand der beruflichen Zersplitterung wäre somit beseitigt und statt der fünf Organisationen (1. Drucker: 2. Anleger (Press-Feeder), 3. Schleifer, 4. Plakat-Lithographen, 5. Lithographen) hätten wir einen kräftigen Organisationskörper mit dem stolzen Namen, Vereinigte Lithographische Arbeiter von Amerika (Amalgamated Lithographic Workmen of America).

Um diesen Zusammenschluß richtig bewerten zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die gesellschaftliche Struktur Amerikas und seine wirtschaftlichen Organisationen zu werfen. Im Gegensatz zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, die sich auf dem soliden Fundament des Klassenkampfes aufbaut und in ihrer starken Betonung der fruchtbringenden sozialistischen Theorie eine geistige Einheit darstellt, die notwendiger Weise eine Umwandlung der bestehenden Verbände in umfassende Industrieverbände und gewaltige Zentralorganisationen bedingt, ist die amerikanische der Ausdruck der Zerrissenheit und des Zwiespalts. Sowohl in unserer wildbewegten Gesellschaft überhaupt ein Stillstand möglich ist, befindet sich die amerikanische Arbeiterschaft in dem Zustande der Stagnation. Gewiß regen sich Kräfte, die Föderation of labor wenigstens zu einem lebenüberdenden Organ umzuformen, sie zu einer im fortschrittlich modernen Sinne allzeit gebrauchsfähigen Waffe zu gestalten, aber die Erfolge in dieser Richtung sind ganz winzig gegenüber den alles niedertretenden Riesenschritten des Kapitalismus. Ist aber die Föderation of labor verkümmert und konservativ, so muß das selbstverständliche die Mehrheit der Gewerkschaften sein, die sich um sie gruppieren, da sie ja nur die Anschauungen und Stimmungen dieser Gewerkschaften widerspiegelt. Der Glaube an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist der Fluch, der auf der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung lastet. Darin liegt die Erklärung für die aller Vernunft Hohn sprechende Tatsache, daß sich die Arbeiterzentrale immer und stets dazu bereit findet, als Schleppenträger der bürgerlich-kapitalistischen Parteien zu fungieren, sowie für die einzig in der Welt dastehende Erscheinung, daß die „Civic Federation“ — eine auf dem Prinzip der Harmonie aufgebaute Organisation, in der sich ebenso hervorragende Scharmacher wie Arbeiterführer zu dem läblichen Tun vereinigen, einer frommgläubigen Arbeiterschaft das Nichtbestehen von Klassengegensätzen zu beweisen — überhaupt Funktionen ausüben kann. Zur Charakteristik, welche wertvollen Aufgaben diese Vereinigung zu erfüllen hat, diene der letztlich vorgenommene Versuch, durch eine spezielle Kommission, der auch Gompers, der höchste amerikanische Gewerkschaftsbeamte, angehört, die Ursache der sozialen Unruhe und des Wachstums des so gefährlichen Sozialismus zu erforschen. Die ausgesprochene Feindschaft gegen den Sozialismus kennzeichnet die heilige Gewerkschaftsbewegung.

In dieser Feindschaft leistet ihr die neuaukommende Gewerkschaftsstrategie der Syndikalisten treue Bundesgenossenschaft. Diese Sabotageheiden, Vertreter der direkten Aktion und des Generalstreiks, die aus eigener Kraft ohne die finanzielle und moralische Hilfe der sozialistischen Arbeiter kaum einen Streik bescheidenen Umfangs zu führen vermögen, finden ja überall dort einen günstigen Boden für ihre „radikale“ Propaganda, wo wie hier in Amerika die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse wenig entwickelt ist. Durch ihr Auftreten — auch in unsere Industrie versuchten sie einzudringen — wird die schon vorhandene Konfusion noch vergrößert. Sie müssen die sowieso schon stark zersplitterten Kräfte nur noch mehr spalten. Dadurch aber, daß sie zur politischen Abstineuz auffordern, den Arbeiter davon abhalten, seine politischen Rechte auszuüben, werden sie zur größten Gefahr, Grade hier in dem auf seine demokratischen Einrichtungen stolzen Amerika, wo der Arbeiter in der Tat politische Freiheiten besitzt, die sich die deutsche Arbeiterklasse erst im harten Kampfe erringen muß, wo er alle wichtigen Ämter — ob Richter, Bürgermeister, Gouverneur oder Präsident — durch seine Vertrauensleute zu besetzen vermöchte, wenn die Arbeiterschaft geschlossen die Macht ausnutzte, wird diese durch die Syndikalisten betriebene Propaganda der politischen Enthaltensmoral geradezu ein Verbrechen gegen die gesamte Arbeiterklasse. Auf der einen Seite die Forderung bürgerlicher Geschäftspolitiker, auf der anderen der politische Selbstmord, hat diese Taktik ihre wunderbarsten Blüten zeitigen müssen. Wohl nirgends, mit Ausnahme Rußlands, erhält die Arbeiterschaft mehr systematische Prügel, wird sie durch brutaler Mittel in ihrer Bewegungsfreiheit gebremst, wie hier im Lande der Demokratie.

Es ist eine durchaus irrige Anschauung, wenn man wähnt, daß der amerikanische Arbeiter von seinen ihm durch die Konstitution gewährleisteten Rechten ungehindertes Gebrauch machen kann. Die Kapitalisten Amerikas verstehen es besser als die Arbeiter, ihre Klasseninteressen wahrzunehmen. Ebenso wie in andern Ländern, nur weit offensichtlicher, sind auch hier die Gerichte und die ganze Regierungsmaschinerie Instrumente der Klassenherrschaft. Jeder größere Kampf der Arbeiter ist nur ein neues Glied einer langen Kette von Beweisen, daß auch hier die konstitutionellen Garantien nichts anderes als papierne Rechte sind. Der Streik der Bergleute in West-Virginia, wo der Kriegszustand verhängt wurde und sozialistische Redner sowie Streiker verhaftet und unter Kriegsrecht abgeurteilt wurden, die großen Kämpfe der Textilarbeiter in Lawrence und Paterson, wo die Unternehmer in geradezu verbrecherischer Weise ihre Machtmittel in Anwendung brachten wo die Konstitution unbarmherzig geknebelt wurde und die Behörden an der Vergewaltigung der Arbeiter tatkräftigen Anteil nahmen, das sind nur einzelne aus einem großen Bündel herausgegriffene Fälle. Das tröstloseste an diesen Verhältnissen ist die fast völlige Reglosigkeit, diesem ungesunden Zustande durch ein einziges aber umso besser wirksames Mittel abzuhelfen: den Aufbau einer straffen politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Durch das Fehlen der Organisation wird solchen Verhältnissen ja erst Vorschub geleistet. Wo sich die Arbeiter, verteilt in mehrere Organisationen, selbst noch feindlich gegenüberstehen, da ist allemal der Kapitalist der gewinnende Teil. Wie die Verhältnisse sich im Großen gestalten, so leben sie auch im Kleinen unverändert fort.

In diesem Licht betrachtet, gewinnt der Zusammenschluß unserer verschiedenen Berufsgruppen erst an Wert. Soviel Organisationen auf der Konferenz zusammenkamen, soviele Ansichten über Organisation, deren Zweck und Ziel kamen zum Wort. Ein geistige Bindemittel fehlte gänzlich. So gestaltete es sich zu einem schwierigen Stück Arbeit, die verschiedenen Meinungen unter einen Hut zu bringen. Wenn dies letzten Endes doch gelang, ohnehin daß sich wesentliche Kämpfe entwickelten, so ist es nur ein erfreuliches Zeichen vom endlichen Erwachen des Bewußtseins unserer durch die vielfache Zersplitterung der Kräfte hervorgerufenen Schwäche dem Unternehmertum gegenüber, eines Bewußtseins, das sich in den starken Willens umsetzte, nicht durch kleinliche Differenzen das große Werk der Verschmelzung zu gefährden. So konnte uns denn als Resultat der Konferenz ein im großen Ganzen recht erfreulicher Entwurf präsentiert werden. Wir als Lithographen müssen zugeben, daß der Entwurf mehr aufweist, als wir unter derart mißlichen Verhältnissen erwarten konnten.

Zu begrüßen ist das festgelegte Prinzip der Zentralisation, das nur in der Unterstützungsfrage durchbrochen wird. Diese Frage bildete die große Klippe der Konferenz, die durch ein Kompromiß jedoch glücklich umschifft werden konnte. Die Drucker, welche durch ihre numerische Überlegenheit ein Recht zu haben glaubten, ihre Unterstützungseinrichtungen den übrigen aufzuzwingen, waren verständlich genug, nach recht lebhafter Debatte auf dieses vermeintliche Recht zu verzichten. Wenn nach der Verschmelzung die verschiedenen Branchen ihre Unterstützungskassen beibehalten, so können wir sicher erwarten, daß aus kassentechnischen Gründen auch darin eine Regelung erfolgen wird.

Der Zentralvorstand, der in seinem Aufbau, ebenso in seinen Funktionen, den amerikanischen Organisationsformen entspricht, die ganz wesentlich von der deutschen abweichen, wird aus 14 gewählten Mitgliedern gebildet, deren, daß die verschiedenen Berufsarten ihre Vertreter entsenden.

Ein schweres Problem, das erst nach langer Debatte erledigt werden konnte, war die Frage des Eintrittsgeldes, ein recht wunder Punkt fast aller amerikanischen Gewerkschaften, die durch unerhöht hohe Eintrittsgebühren einen nicht grade guten Ruf in der internationalen Arbeiterwelt genießen. Unsere Vertreter vermochten aber trotz eindringlicher Argumentation ihre in der Praxis geübte Anschauung niedriger Eintrittsgebühren nicht durchzusetzen. Um zu einem Resultate gelangen zu können, das allen Befriedigung verschaffen würde, addierte man dann die von sämtlichen fünf Organisationen erhobenen Eintrittsgelder und teilte die erhaltene Summe durch die gleiche Zahl fünf. Dies ergab 15 Dollar. Die wiederholten Versuche von unserer Seite, diesen Beitrag zu reduzieren, und der erneute Antrag, das Eintrittsgeld auf 10 Dollar festzusetzen, fand schließlich doch noch eine günstige Aufnahme, so daß dann die Höhe der Gebühren unserm Antrage entsprechend festgelegt wurde.

Bei jeder zur Verhandlung stehenden Frage zeigte sich bei jedem Einzelnen das stark hervortretende Bestreben, für seine spezielle Organisation so viel wie möglich zu erwachen. Die so überaus wichtigen Fragen eines Fachblattes, des Anschlusses an die Berufs-Internationale, sowie an die gewerkschaftliche Landeszentrale fanden auf der Konferenz keine Erledigung. Die Lösung dieser Fragen hat man der Zukunft überlassen, wie denn überhaupt die von der Konferenz vorgeschlagene Form nur als ein Gerippe von Organisation angesehen werden kann, dem die Funktionen aus-

übenden Glieder zum großen Teil fehlen. Diese Glieder zu schaffen, die neue Organisation mit gesunden, lebenskräftigen Organen auszurüsten, das bildet die schwierige Aufgabe einer späteren Konferenz, nachdem die Kollegenschaft ihr Urteil über den vorgelegten Plan gesprochen haben wird. Der Verlauf der Konferenz und die den Delegierten mit auf den Weg gegebene Verpflichtung, ihre ganze Kraft für die Annahme des Planes aufzuwenden, gibt uns das Recht zu optimistischen Hoffnungen.

Wie sich die Verhältnisse nach der Verschmelzung gestalten werden, das vorauszusagen fehlt jede gesunde Unterlage, auf der man seine Spekulationen aufbauen könnte. Bisher haben die einzelnen Berufsgruppen ganz bewußt die wenig kollegiale Taktik geübt, einander mit größtem Mißtrauen zu begegnen. Es gab keine Gemeinsamkeit der Interessen, sondern lediglich Anfeindungen der Drucker, der Lithographen usw. Was sich zum Beispiel innerhalb der Drucker-Union an wichtigen oder unwichtigen Vorgängen abspielt, das wird heiligem Brauch gemäß als unantastbares Geheimnis tief in das Druckerherz eingesenkt. Die Versammlungen, die weit mehr Ähnlichkeit mit den Zusammenkünften der geheimen Bruderschaften früherer Jahrhunderte haben, als der von Gewerkschaften im Zeitalter des modernen hochentwickelten Kapitalismus, bleiben für alle gesperrt, die nicht durch das Herplappern der Zauberformel den Nachweis erbringen können, daß sie zu der Zutritt der Brüder mit Waize und Spachtel gehören und somit berechtigt sind, an den Beratungen teilzunehmen. Der äußerst eingeengte Berufsrahmen, der sich um die einzelnen Organisationen spannt, ersicht jede etwas weltausgreifende Regsamkeit. Diesem Zustand der Abgeschlossenheit wird die Verschmelzung glücklicher Weise ein sicheres Ende bereiten. Welche weiteren Veränderungen eintreten und welcher Art diese sein werden, darüber lassen sich also kaum Vermutungen aussprechen.

Für uns als Deutsche steht allerdings fest, daß sich unsere Position sehr zu unseren Ungunsten verändern wird. In unserer kleinen Gewerkschaft konnten wir uns immerhin nicht ein geringes Maß von Einfluß sichern. Vieles, was an Reformen in unserer Lithographenorganisation durchgeführt wurde, ist auf unser Arbeitskonto zu setzen. So ist die Fachpresse, die sich bisher als Mittel der Aufklärung und der Propaganda in jeder Weise vorzüglich bewährt hat, das ausschließliche Verdienst der Deutschen, wie auch an der Reorganisation unseres Verbandes im letzten Jahre von unserer Seite tatkräftig mitgeholfen wurde. Unser nunmehriges Arbeitsgebiet ist völlig unbeackertes Land, ist Neuerde, die zunächst vorbereitet werden muß, um fruchtbringenden Samen aufnehmen zu können. Bei dem ganz bedeutenden Zustrom fast nur englisch sprechender Elemente haben wir begründete Ursache zu fürchten, daß wir mit weggedrängt und daß viele Einrichtungen durch die Verschmelzung fallen werden, die wir in unserer Organisation haben durchsetzen können. Aber selbst wenn wir die Summe noch so hoch ansetzen, dem Verlust steht ein wesentlich größerer Gewinn gegenüber und das ist die Vereinigung der fünf Verbände zu einem organischen Ganzen.

Otto Zander.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler

„Die Zukunft des lithographischen Gewerbes.“

Unter diesem Titel stand in Nr. 9 des 3. Jahrgang unseres Blattes vom 26. April 1890 ein recht interessanter Artikel, den aber wohl damals nur ein geringer Teil der Kollegen gelesen und beachtet haben wird. Denn sonst hätte unser Beruf nicht so überflutet werden können, daß jetzt innerhalb weniger Jahre siebenhundert Lithographen überflüssig wurden und gezwungen waren, den erlernten Beruf wieder aufzugeben. Der ganz unverhoffte Zuwachs zum Lithographiegewerbe wäre sicher unterblieben, selbst in den besten »Modeljahren« der vielfarbigen Ansichtspostkarte.

Alles, was vor mehr als 23 Jahren in diesem Artikel gesagt wurde und was für manchen Kollegen damals noch eine Art »Zukunftsmusik« war, ist eingetroffen und noch mehr dazu. Denn die Zukunft ist noch viel »bunter« geworden, als sie B. E., der Verfasser des Artikels und »Schwarzseher« von 1890, sah. Die Entwicklung hat dem Kollegen, der damals auch schon das System des Luftpinseles und der Spritzmanier auf mechanischem Wege erwähnte, vollständig recht gegeben.

Fast zu gleicher Zeit, als wir diese alte Nr. der »Graphischen Presse«, die wir uns besonders gut aufbewahrt hatten, fanden und den alten Artikel gelesen hatten, kam ein Brief aus einer großen deutschen Kunststadt an, der u. a. wörtlich folgendes enthält:

»Anbei sende ich Ihnen eine Karte, woran Sie sehen können, auf welche Weise die Lithographie verdrängt wird. An der Karte ist nur Gold gedruckt; nach Gold wird geprägt und geschnitten. Dann kommen die Karten in die Spritzerei, wo durch

Mädchen — jede verarbeitet eine bestimmte Farbe — die Farben aufgespritzt werden. Das Gebläse hat Motorantrieb und alles geht im Akkord. Die Karte ist bei einem Umgang um einen Tisch vollständig fertig und auch trocken. Natürlich werden die Karten in allen Farben hergestellt.»

Im Artikel von 1890 heißt es nach Aufzählung der verschiedenen photomechanischen Verfahren wörtlich: »Die Hand des Lithographen findet bei diesen Operationen keine Gelegenheit zur Betätigung, im günstigsten Falle ist nur die Arbeit des Retuscheurs erforderlich. Die Photographie ist der Lithograph (Zeichner) der Zukunft.« Es wird nun weiter über die fabrikmäßige Herstellung der lithographischen, wie xylographischen Produkte geschrieben, welche ihre Hersteller zu fabrikmäßigen Tätigkeit zwingt, wenn sie auch früher Künstler oder Kunsthandwerker gewesen sind.

Dann ist die Rede von der Tellarbeit in der Xylographie (heutzutage ist ja der Holzschnitt schon fast ganz von der Bildfläche verschwunden) und der Schlußsatz des Artikels von 1890 lautet wörtlich: »Ähnlich ist es heute bereits in der Lithographie, und wie die Symptome erkennen lassen, drängt das lithographische Gewerbe immer mehr nach dieser Richtung und schleudert die Arbeiter desselben ins Fabrikproletariat hinab.«

Fast ein Vierteljahrhundert ist dahingegangen, die damalige »Zukunft« ist heute Gegenwart und doch wollen manche Lithographen nicht einsehen, was sie sind — Proletariat!

Société Graphique.

Produktivgenossenschaft der Modezeichner.

In Wien, wohin sich die Blicke vieler Zeichner richten, soweit sie der Göttin Mode untertan sind, hat sich in den letzten Jahren verschiedenes ereignet, das wert ist, bekannt zu werden. Bei der Betrachtung der Berufslage fällt sofort die Größe der Firmen, die 75 und 120 Kollegen beschäftigen, sowie die ausnahmsweise anständige Entlohnung auf. Die Kollegen in Deutschland finden noch mancherlei eigentümliches in Wien, dafür zwei Beispiele: In Wien kann man weder bei Finkelstein noch bei Badwitz Atellerheiß oder Melster. Es besteht eine Art Kolonnensystem. Eine weitere Eigentümlichkeit ist das Fehlen der Druckerel. Beide Firmen geben ihre Druckaufträge an die gleiche Lohndruckerel; demnach werden auf derselben Maschine die Produkte der schärfsten Konkurrenten gedruckt.

Die Firma »Le Grand Chic« Finkelstein, die infolge finanzieller Schwierigkeiten vor einigen Jahren von der Länderbank übernommen wurde und dann an die Verkehrsbank kam, mußte im Frühjahr 1912 wiederum saniert werden, was u. a. auf die über Gebühr gestiegenen Repräsentationskosten zurückzuführen war. Bei dem Versuch, Profit zu erzielen, sollten die Zeichner die meisten Opfer bringen. Wer von uns kennt nicht die von Kaufleuten und Kapitalisten so oft wiederholten Aussprüche, daß an allen Fehlschlägen nur die produktiven Kräfte schuld sind, da die Herren selber ja alles verstehen und niemals Böcke schließen. So war es auch in Wien. 21 Zeichner sollten entlassen werden; der Vereln der Modenzeichner in Wien suchte nun Mittel und Wege, um den drohenden Verschlechterungen entgegenzutreten. Es gelang den Kollegen durch einmütiges Zusammenhalten und geschicktes Verhandeln, die Situation so zu gestalten, daß alle größeren Verwickelungen der Kollegenschaft ferngehalten wurden. Die Gründung der »Société Graphique« gestattete nach einer kleinen Gehaltsreduzierung die Weiterbeschäftigung aller Kollegen. Das Verhältnis zu der Firma Finkelstein ist jetzt so, daß die Kollegen gegen eine Pauschalsumme die Arbeiten der Firma übernehmen, daß jedoch die Genossenschaft auch eigene Arbeiten übernehmen kann, was die Firma F. vertraglich verboten ist. Die unangenehme Gehaltskürzung wurde gemildert durch die Tatsache, daß den Kollegen die Möglichkeit gegeben war, anderweitig Ersatz zu finden. Sehr zum Gelingen der Pläne unserer Kollegen trug die Tatsache bei, daß die Konkurrenz Badwitz die am besten bezahlte Kolonne engagiert. Die im Stillen gehegte Erwartung, daß dadurch das Projekt der Genossenschaftsgründung zu Wasser werden würde, erfüllte sich nicht; im Gegenteil, durch das Weggehen der ersten Kräfte wurde die Lohnreduzierung erst erträglich.

Im Verträge mit der Verkehrsbank war festgelegt, daß später, wenn die Defizite kleiner werden, die Pauschale für die Genossenschaft erhöht werden sollte. Die »Société Graphique« gab sich für ein gediegenes Zusammenarbeiten ihrer Mitglieder die notwendigen Instanzen: Vorstand, Aufsichtsrat, Statuten, außerdem noch Vertrauensmänner und eine Arbeitsordnung. In welchem Geiste dort gearbeitet wird, beweist der wichtigste Paragraph der Arbeitsordnung:

»§ 3. Die Arbeitszeit im Atelier beträgt pro Woche 41 3/4 Stunden und ist genau einzuhalten. Die Arbeitszeit in den ersten 5 Tagen der Woche ist von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1 1/2 Uhr bis 5 1/2 Uhr abends; am Samstag von 8 Uhr früh bis 12 1/2 Uhr mittags festgesetzt. — An den Vortagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten soll nach Möglichkeit nicht gearbeitet werden. Fällt auf den letzten Arbeitstag der Woche ein Feiertag, so wird

die Arbeitszeit des vorhergehenden Tages um 3/4 12 Uhr mittags beendet.«

Im Juli dieses Jahres hatte die Genossenschaft nach einjährigem Bestehen einen Umsatz von 100000 Kronen in eigenen Arbeiten, für das erste Jahr ein erfreuliches Resultat! Die allgemeine Lage veranlaßte die Kollegen, schon in diesem Herbst die Erhöhung der Pauschalsumme zu verlangen, was ihnen gelungen ist.

Welchen Nutzen ziehen wir nun als Zeichner Deutschlands aus diesen Vorgängen? Die oben schilderten Ereignisse mag man ansehen wie man will — den roten Faden der Kollegialität, der Einigkeit und Solidartät wird kein Leser übersehen können. Nur durch zielbewußtes Verhalten gelang es den Kollegen, die Schädigung des ganzen Berufes aufzuhalten. Es soll jedoch nicht übersehen werden, daß in Wien auch die Verhältnisse ein »kräftiges Wort« gesprochen und allen Kollegen eindringlich den Weg des gemeinsamen Handelns gezeigt haben. Darum, Kolleginnen und Kollegen, graphische Zeichner und speziell Modezeichner, beherzigt beizeiten die Mahnung: seid einig, haltet zusammen, lernt Euch gegenseitig verstehen in Friedenszeiten, damit auch die deutsche Kollegenschaft allen Verwickelungen und Vorfällen gegenüber zu jeder Zeit gerüstet ist.



Teil für die Interessen der Stein-, Zink- Aluminium- und Notendrucker.

Grundsätzliches zur Lehrlingsausbildung.

Daß sich die Mitglieder unseres Verbandes für die Ausbildung der Lehrlinge in unserem Gewerbe interessieren und hierbei ein Wort mitreden wollen, hat mehr als einen Grund. Es kann für eine Arbeiterorganisation, die wie die unsrige um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Angehörigen bestrebt ist, nicht gleichgültig sein, wie es um die fachlichen Fähigkeiten ihrer Mitglieder bestellt ist. Denn — um es allgemein auszudrücken — nicht nur der Umstand, daß der beruflich durchgebildete und somit befähigtere Arbeiter den Kampf um das Sein innerhalb seines Berufes viel leichter führen kann als derjenige, der diese Eigenschaften nicht hat, sondern die Beherrschung oder mindestens Kenntnis aller fachlichen Ereignisse und Vorkommnisse schafft erst die Möglichkeit, Ansprüchen des Berufes und der Unternehmer zu genügen. Mit anderen Worten: leistet ein Arbeiter in seinem Beruf Tüchtiges, so kann er alle an ihn gestellten Anforderungen erfüllen und das Resultat seiner Arbeit, das fertige Produkt, fällt gegenüber dem des minder Tüchtigen besser aus. Neben dem idealen Zweck, nur gute und brauchbare Arbeitskräfte mit heranzubilden, ist es auch das Bestreben, unsere zukünftigen Kollegen für den späteren wirtschaftlichen Kampf zu stärken, was unsere Mitglieder veranlaßt, der Ausbildung der Steindruckerlehrlinge nicht gleichgültig zuzusehen. Aber noch ein drittes kommt hinzu: die mangelhafte, um nicht zu sagen gewissenlose Art, die von vielen Unternehmern die jungen Leute für ihren späteren Beruf vorbereiten, oder eigentlich nicht vorbereiten.

Irgend welche idealen Momente für die Ausbildung der Lehrlinge sind bei den Steindruckerelbesitzern überhaupt nicht oder nur ganz gering maßgebend. Das Prinzip, daß bei ihnen herrscht: zu verdienen und immer wieder zu verdienen, kann ja auch gar keine Zeit zur Pflege besonderer Fähigkeiten der Lehrlinge übrig lassen. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die wir gern anerkennen, ist es leicht festzustellen, daß es den Steindruckerunternehmern bei der Einstellung von Lehrlingen nur darauf ankommt, während vier Jahren billige Arbeitskräfte zu haben, und später, bei Bedarf von Gehilfen, eine große Anzahl Arbeitsloser zur Auswahl vorzufinden.

So ist es denn erklärlich, daß Klagen über mangelhafte Ausbildung unseres gewerblichen Nachwuchses kein Ende nehmen wollen. Man muß nur einmal die Erfahrungen unserer Arbeitsnachweisesverwalter bei der Vermittlung jung ausgebildeter Kollegen kennen lernen; diese können manches Betrüben erzählen. Es ist ganz unverantwortlich, wenn Druckerel, die jahraus und jahrein nichts weiter als billige Autographen oder Visitenkarten oder ähnliche, für die Erlernung des Steindrucks durchaus unzureichende Arbeiten anfertigen, Lehrlinge »ausbilden«. Die Einstellung von Lehrlingen in Firmen dieser Art müßte schon aus Menschlichkeitsgefühlen unterbunden werden, ganz abgesehen davon, daß in diesen Druckerelnen zumeist mit billigem und schlechtem Arbeitsmaterial gearbeitet werden muß. Doch es ist auch zu tadeln, daß Anstalten, die wirklich zu lehren in der Lage sind, die jungen Leute nur in einer bestimmten Berufssparte, wie solche sich infolge der Arbeitsteilung auch in unserem Gewerbe immer mehr herausbilden, unterrichten. Zu dieser Art der Lehrlingsausbildung liegt wirklich kein Bedürfnis vor. Wohl ist aus der heutigen Produktionsweise heraus die Zerlegung der Arbeit, die früher allgemein jeder Drucker verrichten mußte, in mehrere Branchen zu verstehen. Doch darum rechtfertigt sich noch

lange nicht, daß man unbekümmert um seine persönliche Veranlagung und spätere Entwicklung den zukünftigen Jünger Senefelders nur in einer Sparte, etwa als Abdruckmacher, Andrucker oder ähnlich unterwerft. Was entscheidet denn darüber, ob der Lernende später einmal mehr Neigung oder Geschick für die eine oder andere Beschäftigungsart im Steindruck zeigt? Doch sicherlich etwas anderes, als die Laune eines Oberdruckers, der den Lehrling beim Beginn seiner Lehrzeit für diese oder jene Branche bestimmt. Wir dächten, man soll es jedem selbst überlassen, wie er nach beendeter Lehrzeit gemäß seiner Befähigung und der vorhandenen Arbeitsgelegenheit seinen Unterhalt verdienen will. Aber es muß gefordert werden, daß alle Steindrucklehrlinge in allen Zweigen des Steindrucks gleich gut ausgebildet werden.

Daß sich unsere Kollegen um die fachliche Weiterbildung der Lehrlinge außerhalb der Arbeitsstätte kümmern, liegt nur in dem Verfolge ihrer Bemühungen. Leider ist die Einführung von Unterrichtskursen, die auf praktischen Übungen basieren, wie Fachschulen für Steindruck oder die Angliederung von Fachschulklassen an Fortbildungsschulen, nach unserem Wissen nirgends durchgeführt. Vor wenigen Jahren wurde in Berlin von Gehilfenvertretern und Prinzipalen gemeinschaftlich der Versuch unternommen, eine Fachschule für Steindruck zu schaffen; bis heute ist noch nichts dabei herausgekommen. In jüngster Zeit berichteten unsere Leipziger Kollegen von einem besseren Resultat. Welche eine erfolgreiche Tätigkeit ließe sich auf diesem Gebiete ausüben, wenn unsere Unternehmer etwas verständnis- und opferreicher veranlagt wären. Hier sind Lehrlinge der übrigen Berufe unseres Verbandes viel besser daran. Sie können leicht an dem Zeichen-Unterricht, der für sie hauptsächlich in Betracht kommt, in städtischen Fortbildungsschulen teilnehmen.

Mit großer Befriedigung muß es anerkannt werden, daß unsere Kollegen da, wo sie nach der Arbeit mit unseren zukünftigen Arbeitsgenossen zusammenkommen, um deren Vorwärtskommen bemüht sind. Wir meinen damit die fachlichen Vorträge, die den jungen Leuten in unseren Lehrlingsabteilungen geboten werden. Was hier geleistet wird, kann nicht hoch genug bewertet werden. Obgleich diese Unterweisungen nur theoretischer Natur sind, werden durch sie doch viele Lücken in dem Wissen so manchen Lehrlings ausgefüllt.

Aber trotz aller und der besten Nachhilfe kann die hauptsächlichste Unterweisung nur auf der Arbeitsstätte gegeben werden. Deshalb muß die Gehilfenschaft im Steindruck Wert legen auf eine gute Ausbildung der Lehrlinge und Verbesserungen da herbeizuführen versuchen, wo sie notwendig sind. Leider sind Verhandlungen mit den Unternehmern über diesen Gegenstand bisher resultatlos gewesen. Und doch muß versucht werden, auf diesem Wege zu Erfolgen zu kommen. Auch die letzte Steindruckerkonferenz in Stuttgart hat diesen Weg einzuschlagen für zweckmäßig erachtet, als sie betonte, daß dem Halten von Lehrlingen in keramischen und Blechdruckereien entgegengetreten werden müsse.

Mit dem Antrage, daß in den genannten beiden Zweigen des Steindruckgewerbes Lehrlinge in Zukunft nicht ausgebildet werden sollen, hat die Konferenz zwei Forderungen aufgestellt, die durchaus im Interesse der jungen Leute liegen, die in Betrieben dieser zwei Fächer die Steindruckerei erlernen wollen. Die Forderungen hätten eigentlich schon längst erledigt sein müssen.

Was die Lehrlinge in Keramdruckereien anbelangt, so steht es fest, daß Kollegen, die in Anstalten dieser Art gelernt haben, nur schwer dauernde Arbeit in anderen Zweigen des Steindrucks finden können, es sei denn, daß sie vorher ihren Beruf noch einmal umlernen. Das Arbeiten in keramischen Druckereien unterscheidet sich nämlich sehr wesentlich von dem in Chromobetrieben. Während das Maschinenmaterial in beiden Fächern gleich ist, sind zwei wichtige Positionen, nämlich die Behandlung des Papiers und der Farbe, in beiden Branchen gänzlich von einander verschieden. Insbesondere die Farbmischung und Farbenbehandlung ist in der Keramik ganz besonderer Art. Auch die Behandlung der Zeichnung auf dem Stein des Umdruckes ist infolge der breiteren Lithographie viel grobschlächtiger. Und welcher Druckereibesitzer hat nun den Opterium, einen Keramdrucker beim Übergang in ein anderes Fach auf Kosten des Gehilfenlohnes noch einmal lernen zu lassen? Wir haben solchen Idealismus noch nicht kennen gelernt. Unsere Unternehmer machen hohe Anforderungen, wenn sie Gehilfen einstellen. Sie verlangen, daß

die Drucker ihnen Profit schaffen. Daher weisen sie die Veranlassung, für einen für ihre Ansprüche nicht qualifizierten Arbeiter die Versäumnisse seiner Lehrzeit nachzuholen, weit von sich. Gewiß hat auch ein Drucker, der vom Chromofach zur Keramik übergeht, mit den technischen Schwierigkeiten, die auch beim keramischen Druck vorhanden sind, zu kämpfen. Aber das steht in keinem Verhältnis zu einem Falle umgekehrter Art. Ebenso schwierig, vielleicht noch schwieriger ist es, wenn ein Keramdrucker in einer Merkantilfirma drucken will. Aber nicht nur, daß Keramdrucker in Betrieben anderer Branchen sehr schwer unterkommen können, auch die Arbeitsgelegenheit in den vorhandenen Keramdruckereien ist nur beschränkt. Sie erstreckt sich nach der vor zwei Jahren aufgenommenen Statistik nur auf 30 Firmen in 21 Orten. Was aber hervorragend für die Begründung der aufgestellten Forderung in Betracht kommt, sind die gesundheitlichen Verhältnisse in diesen Anstalten. Hierbei spielt besonders das Auftragen der trockenen Farben auf die vorgedruckten Bogen, das Pudern, eine Rolle, und zwar wirkt der trockene, feine Farbestaub ebenso verheerend, wie die vielfach giftigen Bestandteile der Farbe. Es erklärt sich daher leider nur allzu leicht, daß nach der genannten Statistik in einem einzigen Jahre 22 Proz. der Gehilfen und 27 Proz. der Lehrlinge aus den keramischen Druckereien krank gewesen sind. Wer an diesen Dingen ad huc vorübergeht, würde sich nicht nur einer groben Vernachlässigung schuldig machen, sondern er handelte auch direkt gewissenlos!

Gegen das Halten von Lehrlingen in Blechdruckereien muß die ungeheuer schädigende, trockene Luft, die in Betrieben dieser Art herrscht und die 40 Grad und noch mehr beträgt, angeführt werden. Dazu kommt, daß die Dünste der Farben aus den Trockenöfen ein Brennen der Augen und Entzündung der Schleimhäute im Halse verursachen. Bilden schon diese Mängel für die Gesundheit der erwachsenen Arbeiter ständige Gefahren, so kann man sich schwerlich die schädliche Einwirkung auf die unentwickelten Organismen junger Leute von 14—19 Jahren ausmalen.

Im Vorstehenden haben wir eine Reihe von Gesichtspunkten grundsätzlicher Art für die Ausbildung von Lehrlingen in der Steindruckerei erörtert. Auch über die einzuschlagenden Wege haben wir einiges bemerkt. Die Ausführung liegt jedoch in den Händen unserer leitenden Verbandsinstanzen. Nach den Abmachungen vom Jahre 1912 mit dem Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer soll innerhalb zweier Jahre eine Revision der festgelegten Lehrlingsziffer erfolgen. Wir haben die Hoffnung, daß diese Verhandlung stattfinden wird. Dann könnten unsere Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden. Bei der Verhandlungsart des Schutzverbandes, ohne Prüfung des Sachverhalts jede Forderung der Gehilfen abzulehnen, haben wir schon jetzt keinen Zweifel darüber, daß unsere Wünsche auch dieses Mal glatt unter den Tisch fallen werden. Trotzdem muß darüber verhandelt werden. Doch auch bei anderen Gelegenheiten, wo Vertreter unserer Organisation mit Unternehmern über Forderungen der Gehilfen beraten, sind unsere Grundsätze für die Ausbildung der Lehrlinge zu unterbreiten. Aber an der ganzen Kollegenschaft liegt es, unsere Wünsche dann nachdrücklich zu unterstützen. Tac

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N 24, Elsassstr. 85—86 III.

Tarifabschlüsse.

Den von unserer Organisation in Stuttgart unterbreiteten Tarif haben nachstehende Firmen anerkannt: H. Lill, Gymnasiumstr. 6, Atelier Gaugler Nachf., Inh. M. Dolmetsch, Calwerstr. 58, A. Hirtlinger, Gartenstr. 9, K. Hertlein, Rotebühlstr. 35, G. Brenner, Eberhardstr. 53, G. Stöckle, Blumenstraße 19, Otto Zimmerle, Brunnenstr. 1, Eugen Stöckle, Charlottenstr. 31, Friedrich Klenzie, Breitestraße 2, Gustav Reh, Atelier Elektra, Eßlinger Straße 11, Fr. Clar, Ostendstr. 60, 1 Tr., Emil Hiller, Schwabstr. 37, C. Möhle, Rotebühlstr. 59, sämtlich in Stuttgart; Otto Uiz, Fellbach, Bahnhofstr. 77; V. Klenzie, Waiblingen, Blumenstraße 34; Eugen Kugler, Cannstatt, Waiblinger Str. 19 und Tuttingen; Rich. Dobrlitz, Cannstatt, Marienstr. 1; Ernst Eberle, Ulm a. D.; G. Röble, Ludwigsburg, Körnerstr. 11;

Karl Sadse, Ulm a. D., Wiblingen, Muntlerkingen; Karl Oppenländer, Waiblingen, Neue Bahnhofstraße; M. Ade, Eßlingen a. N., Palmischer Bau.

Die Zentralkommission der Photographen Deutschlands

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Eilenburg. Wer kennt die Häupter, zählt die Namen, die alle hier zusammen kamen! Unwillkürlich drängt sich einem dieser Ausspruch auf, wenn der Name Eilenburg genannt wird. Wie viele haben sich schon hier zusammen gefunden, aber bald wieder den Staub von den Pantoffeln geschüttelt. Ein richtiger Eilenburger geht jedoch immer wieder an die heimatlischen »Fleischöpfe« zurück. Man muß aber schließlich diesen Kollegen zugute halten, daß sie eben auch nur das Produkt ihrer Verhältnisse sind. Belnah könnte man glauben, es herrsche hier noch patriarchalische Verhältnisse; aber das scheint nur so. Ja, man sollte annehmen, daß die Zeiten vorbei sein müßten, wo erst der als richtiger Formstecher angesehen wurde, der mit Grazie »Blau« zu machen verstand. In Wirklichkeit werden die Kollegen durch das Dulden des sogenannten Baumachens über ihre eigene Lage in Unklarheit gehalten. Die dabei nötigen mandmal fehlenden Monaten gewahren die Unternehmer, hilfsbereit wie sie sind, gern als Vorschub, sodaß die Kollegen bei Ihnen in einer Art von Schuldnechtschaft stehen und so in ihrer freien Entscheidung gehindert sind. Das schließt aber trotzdem nicht aus, wie es schon vorgekommen ist, daß der Betreffende bei Differenzen schnurstraks zum Kunstempel hinausfliegt, wobei man sich der Einfachheit halber natürlich gar nicht erst der Kündigung bedient. Überhaupt gibt bei einzelnen Firmen die Behandlung der Kollegen vielfach zu Klagen Anlaß. Wie sehr die Unternehmer hier im Stande sind, die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen abzuschätzen, läßt sich leicht mit Zahlen belagen. Die Stundenlöhne geben in ihrer Gesamtheit ein buntes Bild. Gehen sie doch von 35 Pfg fast immer unter Benutzung unserer kleinsten Einheit im Währungssystem bis zu 64 Pfg aufwärts. Diesen Höchstlohn erhält natürlich nur ein kleiner Bruchteil der Kollegen. Daß man neugierig noch bestrebt ist, eine in keinem Verhältnis zur Zahl der Gehilfen stehende Anzahl von Lehrlingen auszubilden, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Nach der letzten Statistik werden von 5 Firmen nicht weniger als 35 Lehrlinge beschäftigt. Die Firma Stein, die erst vor wenigen Wochen ihre Pforte öffnete und bis jetzt in der Hauptsache Unorganisierte beschäftigt, kommt dabei noch nicht mit in Frage. Diese Zahlen zeigen, daß die Unternehmer bestrebt sind, für reichlichen Nachwuchs im Beruf zu sorgen. Die Lehrlinge werden auch in dem guten Glauben herangezogen und gelegentlich handgreiflich daran erinnert, daß die Arbeit um so schöner sei, je länger sie währt. Bei der Firma Bullr z. B. dürfen sie 10 Stunden täglich arbeiten; damit sie nicht aus der Übung kommen, können sie auch Sonntags noch einige Stunden im Kunstempel verbringen. Aber dieser Talendrang, den Beruf auf eine breitere Basis zu bringen, genügt noch nicht. Schon sind die Fangarme in Gestalt von Inssraten in den »E. N. N.«, ausgeworfen, mit dem Erfolg, daß für nächste Ostern schon jetzt eine ansehnliche Zahl neuer Lehrlinge angenommen wurde. Bei der Firma Bräunig & Weber machen sich ähnliche Schmerzen geltend. Auch hier wird die Zahl der Lehrlinge nächste Ostern merklich in die Höhe schnellen. Wie weit die übrigen Firmen diesem Ruhm Rechnung tragen werden, mag die Zukunft lehren. Bedenkt man denn hier gar nicht, daß der Beruf eine solche Anzahl neu herangebildete Kräfte gar nicht unterzubringen vermag? Schließlich bleibt eben einem Teil der Ausgelernten gar nichts weiter übrig, als die Kunst an den Nagel zu hängen und sich eventuell als Autoputzer oder sonst was zu verdingen. Es kann doch im Ernst nicht die Absicht der Eltern sein, ihre Söhne gerade dem Formstecherberuf, der so wenig Aussicht für das spätere Fortkommen bietet, zuzuführen. Hier bleibt an entsprechender Aufklärung bei diesen noch viel zu tun übrig.

Stellenangebote

Masch.-Retuscheur,
tüchtiger Zeichner zu sofort oder später gesucht. Ferd. Hegelmann, 150, Magdeburg.

Durch den Arbeitsnachweis suche zwei tücht. Messingstecher für dauernde Beschäftigung. August Saalfeld, Einbeck, Druckwalzen- und Formstecherei.

Verschiedenes

Ätztrichter (Gesetzl. geschützt). Sehr praktisch für Verlauf und Teillösungen p. Stk. 2,50 Mk. Zu beziehen durch A. Axtheim, Niedersiedlitz b. Dresden, Schulstr. 16

Roulett-, Fadenstichel Präser u.s.w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Mantelsteifstr. 31.

Wischwalzen - Schläuche

Edmund Behnisch, Luckenwalde.
Vertreter an allen größeren Plätzen.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schenkowitz.

Verbandsnachrichten
Um Angabe der Adressen der Koll. Adolf Patzke (Stör.) Markus Heinlein, wird gebeten. O. tsverwaltung Magdeburg